



GRÜN gibt alles! Heikendorfer Weihnachtsfrauen mit unserer Landtagsabgeordneten Marret Bohn

**Einladung zur 1. Kreismitgliederversammlung 2013  
(inkl. Wahlversammlung zur Kreistagswahl)  
von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Plön**

**am 16. Februar 2013, 10:00**

**im Restaurant „Selenter Hof“**

Kieler Straße 24, 24238 Selent

- Mit Entwurf Kreiswahlprogramm
- Mit den Einladungen der Mitglieder zu den Wahlversammlungen für die Kommunalwahl im Mai 2013 für die Orte Grebin, Preetz, Schönkirchen, Heikendorf, Plön, Laboe, Lütjenburg und Stolpe

# Inhalt

Editorial	3
Einladung zur Kreismitgliederversammlung (inkl. Wahlversammlung)	4
Einladungen zu Wahlversammlungen für die Gemeindewahlen	5
Entwurf Kreiswahlprogramm	7
Bewerbungen für die GRÜNE Liste zur Kreistagswahl	20
<ul style="list-style-type: none"><li>• Harry Bleckert</li><li>• Martin Drees</li><li>• Gerd Dreßler</li><li>• Axel Hilker</li><li>• Regina Jaeger</li><li>• Michael Meggle</li><li>• Felicitas von Hollen</li></ul>	
Kreisverband: Finanzen 2012 bis 2016, Nachtragshaushalt und Wahlkampfhaushalt 2013	27
Kreistagsfraktion: Kreisfeuerwehrzentrale – Ein satter Strahl!	29
„Wir haben es satt“ - Agrardemo in Berlin	31
Berichte aus dem OV Preetz	32
Schwentinental: Neues Jahr, neues Glück?	34
Probstei: Farbe bekennen – das Ostufer der Kieler Förde wird GRÜNER!	34
Heikendorf: Radikale Rechte und Alltagsrassismus	35
Selent: Das Blumenburg Technologiezentrum – Skandal ohne Ende? (Teil 2)	37
Lütjenburg: Vorfahrt für Sicherheit!	39

Wer sich noch für die Kreistagsliste bewerben möchte, kann eine maximal eine DIN-A4-Seite lange Bewerbung an Karl-Martin und Joscha schicken, sie wird dann per Rundmail verteilt.

## Editorial

Liebe FreundInnen,

im Mai sind in Schleswig-Holstein Kommunalwahlen, im Herbst Bundestagswahlen. Da gibt es viel zu tun.

Letzte Woche hatten wir unsere Kommunal-Wahlkampf-Klausur. Alle Ortsvereine waren vertreten, personell und mit vielen guten Ideen. Schon jetzt ist klar, dass wir an mehr als doppelt so viel Orten kandidieren werden als bei der letzten Wahl. Dann können erstmals über die Hälfte aller Menschen im Kreis Plön die Grünen nicht nur bei der Wahl zum Kreistag, sondern auch zu ihrem Gemeinde- oder Stadtparlament ankreuzen.

In diesem Rundbrief findet Ihr die Einladungen zu unserer Kreiswahlversammlung am 16. Februar und zu einer Reihe von Wahlversammlungen unser Ortsvereine. Bitte kommt alle! Das gilt nicht nur für die Mitglieder, sondern auch für die Interessenten an Grüner Politik. Die Versammlungen sind öffentlich und auch Nichtmitglieder können für die Grünen kandidieren und das Programm mitdiskutieren.

Die Kommunen sind kein Anhängsel der Demokratie, sondern das Herz. Die Bürger haben in ihre kommunalen Vertreter deutlich mehr Vertrauen als in die entfernten Politiker in Kiel, Berlin oder Brüssel. Das zeigt, welche zentrale Stellung die Kommunen für die Demokratie haben.

In den kommenden Jahren geht es um Weichenstellungen in einigen wichtigen Feldern:

1. Die Energiewende – Gebäudesanierung, Aufbau von Smart Grids und Umstellung auf Ökostrom sind Aufgaben, die primär in die kommunale Zuständigkeit fallen
2. Die Demographie – die Veränderung der Altersstruktur hat radikale Auswirkungen auf die Bauplanung, die Verkehrsplanung und die Anforderungen an die Infrastruktur – besonders im Bereich Gesundheit und Pflege
3. Die Bildung – zu rechnen ist mit stark rückläufigen Schülerzahlen, aber zugleich einer Verdoppelung der Abiturquote und der Betreuung von Kleinkindern – darauf müssen die Schulstrukturen und Kita-Strukturen angepasst werden
4. Der ländliche Raum – die Erhaltung der Natur, die Umstellung auf Öko, der Kampf gegen die Vermaischung der Landschaft und für artgerechte Tierhaltung sind eine wichtige Aufgabe im ländlichen Raum

Wir werden nur erfolgreich sein, wenn wir das mit mehr Demokratie, mehr Bürgerfreundlichkeit und mehr Bürgerbeteiligung verbinden. Zugleich müssen wir auf allen Ebenen dafür kämpfen, dass die Kommunen finanziell besser ausgestattet werden.

Es gibt also viel zu tun – packen wir's an!

Euer Karl-Martin

Einladung zur 1. Kreismitgliederversammlung 2013  
(inkl. Wahlversammlung zur Kommunalwahl)  
von Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Plön

am 16. Februar 2013, 10:00 Uhr

im Restaurant „Selenter Hof“

Kieler Straße 24, 24238 Selent

### Tagesordnung

1. Finanzen
  - a. Abschluss des Haushaltes 2012
  - b. Nachtragshaushalt 2013
  - c. Wahlhaushalt für die Kommunalwahl
2. Wahl der Delegierten für den Landesparteitag und die Wahlversammlung zur Bundestagswahl 2013 / Bestätigung der Delegierten
3. Infos zur Organisation der Kommunalwahl
4. Wahlversammlung für die Wahl zum Kreistag Plön 2013
  - a. Wahl der Direktkandidaten für den Kreistag Plön
  - b. Wahl der Liste für den Kreistag Plön
5. Verabschiedung des Wahlprogramms für die Kommunalwahl im Kreis Plön
6. Anträge und Verschiedenes

## An alle Mitglieder aus Grebin

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Grebin laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Gemeinderatswahl 2013 in Grebin.

Sie findet statt am 28. Februar 2013 um 19.30 Uhr in der Hofkneipe (Behler Weg 11, Grebin).

## An alle Mitglieder aus Heikendorf

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Heikendorf laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Gemeinderatswahl 2013 in Heikendorf.

Sie findet statt am 4. März 2013 um 20.00 Uhr im Restaurant Amici (Laboer Weg 3, Heikendorf).

## An alle Mitglieder aus Lütjenburg

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Lütjenburg laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Stadtratswahl 2013 in Lütjenburg.

Sie findet statt am 28. Februar 2013 um 19.00 Uhr im Alten Posthof (Posthofstraße, Lütjenburg).

## An alle Mitglieder aus Plön

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Plön laden herzlich ein zur Wahlversammlung zur Stadtratswahl 2013.

Sie findet statt am 27. Februar 2013 um 20.00 Uhr im Haus Steinberg (Steinbergweg 23, Plön).

## An alle Mitglieder aus Preetz

Der GRÜNE Kreisvorstand und der Ortsvorstand Preetz laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Stadtratswahl 2013 in Preetz.

Sie findet statt am 5. März 2013 um 19.00 Uhr im FT-Heim (Kührener Straße 144, Preetz).

## An alle Mitglieder aus Laboe

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Probstei laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Gemeinderatswahl 2013 in Laboe.

Sie findet statt am 26. Februar 2013 um 20.00 Uhr in der Strandklausen (Prof.-Munzer-Ring 1, Laboe).

## An alle Mitglieder aus Schönkirchen

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Schönkirchen laden herzlich ein zur Wahlversammlung für die Gemeinderatswahl 2013 in Schönkirchen.

Sie findet statt am 26. Februar 2013 um 19.30 Uhr im Landhaus (Dorfstr. 15, Schönkirchen).

## An alle Mitglieder aus Stolpe

Der GRÜNE Kreisvorstand Plön und der Ortsvorstand Stolpe laden herzlich ein zur Wahlversammlung für den OV Grebin zur Gemeinderatswahl 2013.

Sie findet statt am 3. März 2013 um 11.00 Uhr im DGH Stolpe (Depenauer Weg 5, Stolpe).



## Entwurf des Kreiswahlprogramms

*((An diesem Entwurf haben mitgewirkt: Axel Hilker, Kirsten Bock, Gerd Dreßler, Regina Jaeger, Lars Berwald, Monika Friebl, Michael Meggle, Harry Bleckert, Henning von Schöning, Jens Ristedt, Holger Busche))*

### Vorwort / Einleitung

Liebe Bürgerin, lieber Bürger,

Demokratie lebt nur, wenn sich viele einmischen. Demokratie heißt: Sie bestimmen, was gute Politik für Ihre Gemeinde, Ihre Stadt, Ihren Kreis ist. In der Kommune wird Politik konkret. Hier entstehen Arbeitsplätze, hier brauchen wir genügend Kindergartenplätze und gut ausgestattete Schulen, hier müssen die Finanzen stimmen.

Wir GRÜNE wollen starke Kommunen im Kreis Plön. Wir wollen möglichst viele Aufgaben auf die Kommunen übertragen, damit Sie selbst entscheiden können, wie Ihr Lebensort in Zukunft aussieht. Wir GRÜNE wollen kommunale Politik nachhaltig gestalten. Bei allem, was wir heute tun, denken wir an die Folgen für unsere Kinder. Deshalb machen wir Klimaschutz konkret: Wir wollen weg von Öl, Gas, Kohle und Atom. Wir setzen uns ein für eine flächenschonende Bauleitplanung, eine vernünftige Verkehrsentwicklung mit einem starken öffentlichen Nahverkehr und für intakte Natur- und Erholungsräume.

Wir schaffen Arbeitsplätze für das lokale Handwerk durch dezentrale Versorgung mit Strom und Wärme in Baugebieten und die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Wir GRÜNE wollen lebendige Kommunen, in denen Menschen wohnen, lernen, arbeiten und sich erholen können. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Wir kämpfen für mehr und bessere KiTa-Plätze und für die Eigenverantwortung von Schulen. Wir setzen uns für Mehrgenerationen-Wohnprojekte und neue Formen des Zusammenlebens von jungen und alten Menschen ein und wir unterstützen die örtliche Wirtschaft durch eine umsichtige Infrastrukturpolitik.

Deshalb: Mischen Sie sich ein!

Übernehmen Sie mit Ihrer Stimme Verantwortung: Wählen Sie am 26. Mai die GRÜNEN!

Mit herzlichen Grüßen

((Kreisvorstand))

### Bildung – Chancengerechtigkeit für Alle

Gleiche Chancen auf Bildung sind ein Ziel GRÜNER Bildungspolitik. Unabhängig von finanzieller Ausstattung des Elternhauses und Lage des Wohnortes muss der Zugang zu den öffentlichen Bildungseinrichtungen allen Kindern und Jugendlichen in gleichem Maße offen stehen. So verstehen wir Chancengerechtigkeit.

### Bildung von Anfang an

Die Herabsetzung von Lebenschancen erfolgt häufig schon im frühen Kindesalter durch unterschiedliche Angebote und Möglichkeiten der Entwicklung. Dem wollen wir durch qualifizierte Krippenangebote begegnen. Es ist uns wichtig, dass allen Kindern Plätze in einer Krippe und danach in der Kita zur Verfügung stehen. Das Betreuungsangebot muss dem Bedarf der Familien entsprechen, insbesondere um die Berufstätigkeit von allein oder gemeinsam Erziehenden zu fördern. Dazu gehören flexible, bedarfsgerechte Öffnungszeiten. Der Besuch einer Kindertagesstätte darf nicht am Geld scheitern. Die finanzielle Förderung der Kindertagesstätten muss so ausfallen, dass pädagogische Standards und Qualität auf hohem Niveau gehalten werden können. Wir wollen den Anteil akademisch ausgebildeter ErzieherInnen erhöhen und legen Wert auf sprachliche Frühförderung und gendergerechte Erziehung. Das Angebot an Tagespflegeeltern soll die Kitas bedarfsgerecht ergänzen.

Kindererziehung ist kein Kinderspiel. Die Jugendpflege des Kreises muss in die Lage versetzt werden, Familien in Krisensituationen bei der Kleinkindbetreuung ausreichend zu unterstützen und Fällen von Kindesmisshandlung entgegenzutreten. Kindertagesstätten und Bildungszentren wollen wir zu Familienzentren mit medizinischer und sozialer Versorgung weiterentwickeln.

### Schulen für Heute und Morgen

Bildung ist ein Menschenrecht. Wir wollen Neugierde, Freiheit und Verantwortung fördern. Nur wer gern lernt, kann die eigenen Potentiale entfalten, und die Impulse geben, die unsere Zukunft und eine demokratische Gesellschaft brauchen.

Die Schullandschaft und die SchülerInnenzahlen haben sich verändert, darauf muss auch unser Kreis reagieren. Eine zukunftsfähige Schullandschaft erfordert eine sinnvolle Planung der Schulformen, um allen Kindern und Jugendlichen ein angemessenes und annehmbares Angebot zu machen. Deshalb wollen wir die Schulentwicklungsplanung mit der Perspektive fortschreiben, die zergliederte Schulstruktur der weiterführenden Schulen im Kreis zu Bildungszentren zusammenführen und zunehmend für ein flächendeckendes Ganztagsangebot auch für den Primarschulbereich zu sorgen.

Unsere Wirtschaft ist auf gut vorbereitete SchulabsolventInnen angewiesen. Um den Schülerinnen und Schülern an den Gemeinschaftsschulen eine dem gymnasialen Schulangebot entsprechende Möglichkeit zur Erreichung des Abiturs anbieten zu können, wollen wir Gemeinschaftsschulen wie in Schönberg auch die Einrichtung einer Oberstufe ermöglichen.

Die berufliche Schule des Kreises mit ihrem breit gefächerten Angebot an schulischer Ausbildung und Abschlüssen muss in ihrer Position in der sich verändernden Schullandschaft gestärkt und gefördert werden. Ein umfangreiches Ausbildungsangebot ist ein wichtiger Standortfaktor der Wirtschaft im Kreis und muss hier erhalten und ausgebaut werden.

Wir wollen den Elternanteil an den Kosten der Schülerbeförderung wieder abschaffen.

### Bildung ein Leben lang

Bildungsangebote gehen weit über die Schulen hinaus. Angebote der Volkshochschulen und Familienbildungsstätten müssen erhalten bleiben, weil sie ein wichtiges Bildungsangebot gerade für Menschen mit geringerem Einkommen darstellen.

Zu den bestehenden Angeboten müssen mehr öffentlich geförderte Angebote geschaffen werden, die kostengünstig eine Kombination von Freizeitaktivitäten und Bildungserwerb attraktiv machen, zum Beispiel das Erlernen und Fördern sozialer Kompetenzen in Natur- und Umweltschutzverbänden und dem Kreisjugendring.

### Lebendige Kultur vielfältig fördern

Lebendige Kultur ist vielfältig und ein elementarer Bestandteil einer lebenswerten und gerechten Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, Räume zu schaffen, in denen Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen Begegnung und Austausch finden. Kultur muss für alle, die in unserem Kreis leben, zugänglich sein. Kultur soll den Alltag durchdringen und schafft eng verknüpft mit Bildung eine freiheitliche, soziale und lebendige Gesellschaft.

Vielfältige Kulturförderung gehört in die Kreispolitik. Auch wenn sie derzeit freiwillige und nicht pflichtige Aufgabe der Kommunen ist, setzen wir uns dafür ein, dass der Kreis sich für die Förderung von Kulturschaffenden und kulturellen Einrichtungen und Projekten stark macht. Kulturschaffenden im Kreis muss ein breiter Gestaltungsspielraum zur Umsetzung vielfältiger Ideen eingeräumt werden. Strukturell soll ihnen der Zugang in Bildungseinrichtungen erleichtert werden. Kultur ist Bildung und Bildung ist Kultur.

### Natur und Landschaft schützen

Wir wollen die Landschaft in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit bewahren oder wiederherstellen. Wilde Tiere und Pflanzen brauchen Rückzugsräume, in denen sie sich auch fortpflanzen können. Die Einwohnerinnen und Einwohnern des Kreises erwarten gesunden Lebensraum, unseren Erholungssuchenden Entspannung und Naturerlebnis. Landwirtschaft, Tourismus, Jagd, Forst und der Schutz von Natur, Tier und Landschaft können in ein ausgewogenes, aufeinander Rücksicht nehmendes Miteinander gefügt werden.

Wir wollen, dass mehr Hecken, Knicks und andere höherwachsende Dauerkulturen unsere Straßen säumen. Dies käme nicht nur dem Gen-Austausch zwischen den wildlebenden Tierarten zugute, die diese Vegetationsstreifen als Brückenwege zueinander brauchen, sondern auch dem Autofahrer und Steuerzahler, denn Knicks halten ganz besonders entlang freigeräumter Ackerflächen Schneewehen von den Straßen ab. Fließgewässer und Seen sollen darüber hinaus naturnah gestaltet, Biotope miteinander verknüpft werden. Der Ausverkauf der Landschaft durch „Entlassung“ von Flächen aus Landschaftsschutzgebieten für Baumaßnahmen muss beendet werden. Wir setzen wir uns ein für die weitere Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten zusätzlich zu Naturschutzgebieten. Unser Ziel

sind sinnvolle, landschafts- und klimaverbessernde Ausgleichsmaßnahmen im Falle unvermeidlicher Eingriffe, z.B. Entsiegelung von Boden, Lebensraumschaffung mit dauerhafte Erfolgskontrolle und Wiederansiedlung seltener Tierarten.

Wir unterstützen die regionalen Natur,- Tierschutz- und Umweltverbände und fordern die Erhaltung der Umweltberatungsstellen und der FÖJ-Einsatzstellen.

### Ostseeküste und Holsteinische Schweiz werden Naturerlebnisräume für die Metropolregion Hamburg

Abwechslungsreiche, großzügige Landschaften im steten Wechsel von Wäldern, Feldern, Gewässern und Dörfern prägen die Landschaft des Kreises Plön. Gepflegte Höfe und ein vielseitiges Angebot an Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten bieten Entwicklungschancen im naturnahen Individualtourismus.

Das Erlebnis von Natur und Landschaft nimmt Umfragen zu Folge einen Spitzenplatz unter den Urlaubswünschen ein, gerade auch bei städtischen Familien, die als Zielgruppe Schleswig-Holsteins beworben werden sollen. Wir wollen unser Binnenland für UrlauberInnen attraktiv machen und zugleich die Kulturlandschaft ökologisch aufwerten. Die touristische Zukunft des Kreises Plön liegt im genussorientierten Zweit- oder Dritturlaub für Gäste aus den deutschen Metropolregionen, insbesondere Hamburg. Dabei gilt es, die Verbindung von Natur- und Landschaftsschutz mit einer genussvollen, nachhaltigen und regional geprägten Esskultur gezielt weiter zu entwickeln. Generationsübergreifender Familienurlaub, Erlebnistourismus für Reiter und Pferd, Erholung für Menschen mit Hunden – hier liegen noch ungenutzte Reserven.

Wir wollen es Einsteigern in das Tourismusgeschäft, ob private Vermieter oder Event-Anbieter, möglich machen, hindernisarm von Fördermitteln zu profitieren. Bemängelt wird von Auswärtigen mangelnde Servicebereitschaft und Vernetzung der Leistungsträger, verglichen mit angebotsverwandten Wettbewerbern. Gerade der Fahrrad-Tourismus findet zwar inzwischen Kartenmaterial und Wegweisungen vor, aber noch lange kein vorzeigbares, lückenloses Angebot an preiswerten, fahrradfreundlichen Übernachtungsmöglichkeiten.

### Bäuerliche Landwirtschaft als Motor für innovative Arbeitsplätze

Wir setzen uns für eine bäuerliche Landwirtschaft ein. Möglichst viele Betriebe sollen ökologisch wirtschaften, denn sie schützen die Bodenfruchtbarkeit, das Wasser, das Klima und die Gesundheit der Bevölkerung. Biobetriebe produzieren hochwertige Lebensmittel, schaffen interessante Arbeitsplätze und vielfältige Landschaften, die auch für Touristen attraktiver sind als monotone Agrar-Maiskulturen.

Zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung in einer von Klimawandel und Ressourcenknappheit bedrohten Zukunft, steht die Landwirtschaft vor enormen Herausforderungen. Nach dem Weltagrarrbericht 2012 des Weltagrarrats kommt der ökologischen, bäuerlichen Landwirtschaft

hierbei eine tragende Rolle zu. Unser Ziel ist, dass ihre Arbeit fair entlohnt wird und dass Erzeugnisse, die einen höheren gesellschaftsethischen Anspruch erfüllen, höhere Gewinne erzielen. Wir begrüßen ausdrücklich, wenn VerbraucherInnen regionale und gentechnikfrei produzierte Lebensmittel auch direkt beim Erzeuger nachfragen. Schulen und Kitas möchten wir ermutigen, vermehrt Bioprodukte in der Verpflegung einzusetzen.

Dem Vormarsch der Intensivtierhaltung mit ihren negativen Auswirkungen auf Dorfstrukturen, Arbeitsplätze, Umwelt, Tierwohl und die Entstehung resistenter Keime durch permanente Antibiotikagaben, möchten wir Einhalt gebieten. Wir setzen uns dafür ein, dass Gemeinden mehr Rechte eingeräumt werden, um die Genehmigung von Intensivtierhaltungsanlagen zu versagen.

Kühe und andere Nutztiere gehören auf die Weide! Natur- und Landschaftsschutz soll durch Beweidung mit Robusttieren gefördert werden. So werden Heimat und Landschaft, Tier und Acker, Wald, Wiese und Wasser zum Wohle der hier lebenden Menschen genutzt und gepflegt.

Auch auf landwirtschaftlichen Nutzflächen ist ein „Flächenfraß“ erkennbar. Die erhöhte Förderung für den Anbau von Energiemais zieht Grünlandumbruch nach sich, entzieht Ackerflächen dem Anbau von Getreide für Nahrungsmittel und treibt die Pachtpreise in die Höhe. Die zunehmende Vermaischung der Landschaft, das vermehrte Gülleausbringen und die verstärkte Geruchsbeeinträchtigung infolge intensiver Tierhaltung tragen dazu bei, dass Bewohnern die Identifizierung mit der Heimat schwerer fällt und Touristen den Kreis meiden. Das Wild mästet sich im Sommer am Mais, vermehrt sich üppig und bedrängt im Herbst nach der Maisernte die Wald- und Forstflächen auf der Suche nach Futter. Der Ruf nach höheren Tötungsquoten kann kein zufriedenstellender Lösungsansatz sein. Längst ist Wildfleisch nicht mehr frei vom Verdacht, Rückstände aus Pflanzenschutzmitteln oder Pflanzenvernichtungsmitteln zu enthalten. Ganz besonders der Einsatz chemischer „Erntehelfer“ ist einzustellen. Die landwirtschaftlichen Berufsverbände sind aufgerufen, ihre Mitglieder auf einen Wandel zu umwelt- und tiergerechten Produktionsweisen vorzubereiten und zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, dass bäuerliche Landwirtschaft und regionale Vermarktung zu einem sinnstiftenden Merkmal des Kreises werden. Kindern und Jugendlichen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch Gartenprojekte und Schulgärten Nahrung und Anbau hautnah zu erfahren. Wir setzen uns ein für Nachbarschafts- und Gemeinschaftsgärten.

### BürgerInnendemokratie

Für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an wichtigen Entscheidungen ist eine transparente Politik unabdingbare Voraussetzung. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen Kommunen seitens der Verwaltung kontinuierlich über zukünftige Planungen berichtet wird. Eine besondere Notwendigkeit sehen wir Grüne hier bei der Planung von Energieanlagen jeder Art und beim Bau von Leitungsnetzen.

Das Verständnis von Staat und BürgerIn in der Gesellschaft wandelt sich. Wir wollen mehr demokratische Mitentscheidung. Deshalb wollen wir Bürgerentscheide einfacher und unkomplizierter machen. Die Menschen im Kreis Plön sollen künftig auch über die Bauleitplanung und die Hauptsatzung einer Gemeinde abstimmen können und nicht erst dann beteiligt werden, wenn eine Planung schon abgeschlossen ist.

Die BürgerInnen sind nicht länger Störfaktor der Planung, sondern ihre Beteiligung lässt Planungen schneller und reibungsfreier ablaufen. Jede Bürgerin, jeder Bürger muss die Möglichkeit bekommen, sich auf den einzurichtenden Bürgerplattformen über den aktuellen Planungsstand zu informieren und Stellungnahmen abzugeben. Für komplexe Planungs- und Gestaltungsaufgaben sollen zu Beginn der Planungsphase Beteiligungswerkstätten durchgeführt werden, um Ideen zu sammeln und Konflikte abzuschätzen. Auf Wunsch der BürgerInnen sollen auch Mediationsverfahren eröffnet werden.

### Klare Verwaltungsstrukturen

Um den ländlichen Raum handlungsfähiger zu machen, brauchen wir eine verbesserte Gemeindestruktur. Die überkommene Vielzahl der Akteure, verteilt auf Zentralorte, Ämter, Gemeinden, Zweckverbände und Kreise, ist unübersichtlich und ein Hindernis für jede Strukturplanung und Wirtschaftsentwicklung. Die heutige Ämterverfassung ist gemäß Urteil des Landesverfassungsgerichtes undemokratisch: Die gewählten GemeindevertreterInnen haben wenig zu entscheiden. Das Wesentliche machen die BürgermeisterInnen im Amtsausschuss und in den Zweckverbänden unter sich aus. Wir wollen die Entscheidungskompetenzen der Gemeindevertreter und die Handlungsfähigkeit der Gemeinden erhöhen und setzen auf das Modell größerer Amtsgemeinden. Nebengremien, Zweckverbände und Kungelrunden wollen wir so weit wie möglich abschaffen.

### Nachhaltige Entwicklung erfordert eine überregionale Planung

Der Kreis Plön und seine Gemeinden sind für eine nachhaltige Entwicklung auf ein faires und solidarisches Miteinander in Schleswig-Holstein angewiesen. Eine Landesplanung ohne Schwerpunktbildung und ohne regelnde Förder-Quoten für Wohnbau und Gewerbe führt zu:

- einem nicht nachhaltigem Ausbau kommunaler Infrastrukturen wie Straßen, Klärwerken, Leitungsnetzen, Schulen, Feuerwehren und sozialer Einrichtungen;
- einem Überangebot von Wohn- und Gewerbegebieten, zu Lasten von Natur und Landschaft;
- inkompatiblen und teuren Insel- und Flicklösungen bei der Schaffung überregionaler Strukturen wie derzeit bei der Breitbandversorgung;
- einer Konkurrenz der Gemeinden um die Ansiedlung junger Familien und Gewerbebetrieben untereinander, statt die kommunale Zusammenarbeit zu stärken;

- einem Unterbietungswettbewerb bei der Erhebung von Gewerbesteuern.

Ausgehend von diesen Beispielen plädieren die Grünen dafür, keine „Konkurrenz-Politik“ zwischen den Kommunen des Kreises Plön zu betreiben. Wir wollen interkommunale Zusammenarbeit statt Kirchturmdenken, um Kosten zu senken und Ergebnisse zu verbessern.

### Der Kreis Plön stellt sich den Herausforderungen des demografischen Wandels

Unsere Gesellschaft altert. Es werden immer weniger Kinder geboren und gleichzeitig werden die Menschen infolge besserer Lebensbedingungen und medizinischer Fortschritte immer älter.

Der Demografische Wandel (DW) ist eine Entwicklung, die weitreichende Konsequenzen für fast alle Bereiche der öffentlichen Infrastruktur hat. Dies gilt auch für den Kreis Plön. Aktuelle Prognosen erwarten bei insgesamt schrumpfender Bevölkerung, dass der Kieler Rand EinwohnerInnen aus Kiel hinzugewinnt, während die ländlichen Räume im Osten des Kreises zunehmend von Landflucht betroffen sein werden. Der anhaltende Trend zur Verlagerung des Einzelhandels (v.a. im Bereich Lebensmittel) in die Randzonen der größeren Siedlungsbereiche führt bereits zu Versorgungsengpässen bei Senioren, die nicht mehr Auto fahren. Infolge der steigenden Benzinpreise wird diese Problematik aber auch bald Familien treffen, die sich dann den Zweitwagen nicht mehr leisten können. Viele kleinere Ortschaften im Landkreis Plön haben schon jetzt keinen Lebensmittel-Einzelhandel mehr. Solchen Herausforderungen muss sich die Kommunalpolitik stellen. Kleine Kommunen sollten sich zur Erhaltung der lebenswichtigen Infrastrukturen zusammenschließen. Städte und Kommunen müssen durch Generationen-übergreifende Wohnkonzepte den Wohnwünschen junger Familien und älteren Menschen entgegenkommen. Alle Zuschüsse oder Förderprogramme müssen einem Demografie-Check unterzogen werden. Der Raum öffentlicher Bewegung in Wohnquartieren muss fußgängervorrangig, temporeduziert und behindertengerecht von allen Altersgruppen stressfrei genutzt werden können, auch damit Senioren und Menschen mit Kindern verweilen und sich begegnen können.

Die Pflegebedarfsplanung muss die Möglichkeit ambulanter Dienste und altengerechter Wohngruppen in den Mittelpunkt stellen. Zur besseren Auslastung der Infrastrukturen, auch in ländlichen Räumen, können öffentliche bzw. gemeinschaftlich genutzte Einrichtungen (Schule, Bürgertreff, Kita, Bücherei, Sporteinrichtungen, Schwimmhallen, Freizeitangebote, Kino und Theater, etc.) unter einem Dach gebündelt werden.

Für die Probleme, die sich aus Wandel der Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur ergeben werden, sind intelligente kommunale und regionale Lösungen in ganz unterschiedlichen Bereichen notwendig. Familienförderung muss darüber hinaus wirtschaftliche und soziale Bedingungen schaffen, die es Menschen ermöglichen, sich für Kinder zu entscheiden.

### Menschenwürdiges und selbst bestimmtes Leben für alle

Grundsätzlich haben wir Grünen uns bundesweit für eine neue soziale Grundsicherung entschieden. Eine Grundsicherung, die das Prinzip des Förderns deutlich vor das des Forderns stellt. Auf kommunaler Ebene bedeutet dies, dass soziale Leistungen so bedarfsorientiert wie irgend möglich gewährt werden und alle Möglichkeiten und Hilfestellungen des Förderns, die es jetzt schon gibt, auch ausgeschöpft werden. Wir streben an, dass Langzeitarbeitslose künftig in Dienstleistungszentren von den Kommunen betreut werden. Hier gibt es erstens einen großen Erfahrungshorizont aus der Vergangenheit. Zweitens können die Kommunen wesentlich flexibler auf örtliche Gegebenheiten reagieren und werden damit den Menschen, die von diesen Leistungen abhängig sind, eher gerecht.

Die kommunale Sozialpolitik befindet sich angesichts knapper Finanzen zunehmend in der Defensive. Sogenannte „freiwillige Leistungen“ werden seit Jahren nur noch gekürzt. Dieser Abbau von Sozialleistungen führt jedoch zu einer Zunahme von Kosten in anderen, pflichtigen Bereichen (Gesundheitswesen, Heimkosten). Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen persönliche und soziale Probleme wachsen, ist es besonders wichtig, soziale Strukturen zu erhalten und nicht zu zerschlagen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen Akzente und stehen

- für Toleranz und Integration, gegen Ausgrenzung
- für ein lebendiges Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund
- für selbstbestimmtes Wohnen älterer BürgerInnen
- für den Erhalt und, wo nötig, die Neuschaffung wohnortnaher Grundversorgung
- für Unterstützung von generationsübergreifenden Wohneinrichtungen
- für die Förderung sozialer Initiativen
- für Erhalt und Wiederbelebung der Stadt- und Dorfkerne durch gezielte Förderung
- für unbürokratische Hilfen.

Wir wollen Gerechtigkeit im Leistungsrecht herstellen: Das betrifft im Moment insbesondere erwerbslose Frauen, die durch das Gesetz benachteiligt sind, weil sie abhängig gemacht werden vom Einkommen des Partners. Das betrifft junge Erwachsene, die einen eigenen Hausstand gründen möchten. Das betrifft ältere Erwerbslose, die trotz geringer oder keiner Perspektive auf dem Arbeitsmarkt z. B. zu Ein-Euro Jobs verpflichtet werden. Das betrifft gering qualifizierte Langzeitarbeitslose, die häufig von Maßnahme zu Maßnahme geschickt werden, um dann schließlich doch wieder ohne Arbeitsplatz zu Hause zu sitzen.

Es ist eine unserer zentralen Forderungen, dass eine eigenständige Existenzsicherung von Frauen im Sinne einer wirklichen Gleichstellung umgesetzt wird. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass hilfebedürftigen Frauen die notwendigen gesetzlichen Leistungen auch zur Verfügung stehen. Wir

wollen, dass es für ältere Erwerbslose mehr Konzepte gibt, und dass alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Auch der Aspekt von ehrenamtlichem Engagement als Alternative zu Erwerbsarbeit muss zum Tragen kommen. Wir setzen uns dafür ein, dass es für gering qualifizierte Langzeiterwerbslose möglich ist, sich freiwillig gesellschaftlich zu engagieren. Für diesen Personenkreis müssen auch die neuen Möglichkeiten eines dritten Arbeitsmarktes genutzt werden. Neben den präventiven Konzepten für potenzielle Schulabbrecher muss es auch ausreichend Konzepte und Programme für erwerbslose junge Menschen geben, die jetzt schon keinen Schulabschluss und keine Ausbildung haben.

### Gleichstellung von Frauen und Männern

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist noch lange nicht erreicht. Gleichstellungspolitik ist nach wie vor Frauenpolitik. Die Ursachen für diese versteckte Form der Diskriminierung sind meistens begründet in den Lebenssituationen der Frauen. Ausstiege wegen Kinderbetreuung dauern oft aus Gründen fehlender guter Betreuungsangebote mit durchschnittlich sechs Jahren zu lange. Der berufliche Wiedereinstieg findet auf Grund von Teilzeitarbeit dann bei fast der Hälfte aller Frauen auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen statt. Auch auf Kreisebene kann viel getan werden, um mehr Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen und Gleichstellung als Querschnittsthema ernst zu nehmen. Unsere grünen Ziele sind, dass Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausgestattet sind. Das betrifft vor allem die Angebote für die Betreuung der unter Dreijährigen.

Wir unterstützen die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und des Frauenhauses, die sich für mehr Gerechtigkeit für Frauen einsetzen und Gewalt gegen Frauen bekämpfen. Bestehende Projekte müssen auf eine verlässliche und solide Grundlage gestellt werden. Projekte, die Frauen mit Migrationshintergrund ansprechen, wie etwa Projekte zur Überwindung von Sprachbarrieren, müssen unterstützt, gefördert und erweitert werden. Das Frauenhaus und Frauenberatungsstellen sollen besondere auf die speziellen Bedürfnisse von Frauen mit Migrationshintergrund ausgerichtete Angebote vorhalten.

### Keine Benachteiligungen für behinderte Menschen

Der Kreis Plön ist als Standort mehrerer Einrichtungen und Angebote der „Lebenshilfe“ und der „Brücke“ sowie weiterer, privater Einrichtungen mit gleicher Zielsetzung (Ermöglichung von Eingliederungen Betroffener) Lebensmittelpunkt für viele Menschen mit Behinderungen. Wir wollen das Verständnis für die besonderen Bedingungen, unter denen diese Menschen leben und arbeiten, in der Einwohnerschaft im Kreisgebiet stärken. Wir möchten Angebote für Menschen mit Behinderungen nicht nur den Facheinrichtungen überlassen, sondern müssen sie in unsere Lebenswelt miteinbeziehen. Das ist eine ständige Aufgabe an die Gesellschaft, zu der wir immer wieder auffordern wollen.

Inklusion ist ein Menschenrecht und bedeutet, dass kein Mensch mit Behinderungen ausgeschlossen, ausgegrenzt oder an den Rand gedrängt werden darf. Wir setzen uns daher für einen ungehinderten Zugang aller Menschen zu öffentlichen Einrichtungen, Geschäften, Gesundheitseinrichtungen, Verkehrsmitteln und Informationen ein.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass auch der wachsende Bevölkerungsanteil mit altersbedingt zunehmenden Einschränkungen am gesellschaftlichen Leben ungehindert teilhaben kann.

### Aufnahme und Integration von Menschen fremdländischer Herkunft

Gegenwärtig steigt die Anzahl der AsylbewerberInnen landesweit stetig an, und die Landesverwaltung erkennt einen Mangel an Unterkünften. Der Kreis Plön unterhält gemeinsam mit dem Kreis Ostholstein eine Unterkunft für AsylbewerberInnen in Kreisgebiet Ostholstein. Wir wollen die Aufnahmekapazität und die Qualität der Liegenschaft prüfen und ggfs. erhöhen, um die Ausländerfreundlichkeit des Kreises und seiner Bevölkerung unter Beweis zu stellen und das Leid der betroffenen Schutzsuchenden in der Unterkunft erträglich zu machen.

Wir wollen erreichen, dass die einheimische Bevölkerung im Kreis den Menschen mit Migrationshintergrund mehr Verständnis entgegenbringt. Fremde müssen Chancen haben, sich in die Gesellschaft eingliedern zu können und von ihr aufgenommen zu werden. Wir erkennen die Leistungen der regionalen Organisationen und vieler ehrenamtlicher HelferInnen an, die dazu beitragen, individuelle Missstände und Defizite abzubauen (z.B. durch Sprachpatenschaften).

Wir betrachten die Streichung Stelle des Ausländerbeauftragten des Kreises durch den Kreistag 2008 als einen Fehler und wollen einen Prüfauftrag zur Wiedereinsetzung initiieren.

### Gegen Rechtsextremismus

Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit ist auch im Kreis Plön ein Problem. Prävention, Aufklärung und Hilfe zum Ausstieg aus der rechten Szene müssen auch auf kommunaler Ebene politische Praxis werden. Wir wollen, dass unsere Kommunen Orte eines sicheren, friedlichen und gleichberechtigten Lebens und Miteinander sind.

### Ländlicher Raum in Nachbarschaft zur Landeshauptstadt

„Der Kreis Plön – von der Natur verwöhnt!“, mit diesem Motto wirbt der Kreis Plön für seine Stärken Landwirtschaft und Tourismus. Beide Zweige sind aber nicht krisensicher und bedürfen eines starken Mittelstandes als unverzichtbare Ergänzung der Wirtschaftskraft des Kreises. Dabei ist die Entwicklung des Kreises nicht von den Stadt-Umland-Beziehungen zur Landeshauptstadt Kiel abkoppelbar. Rund 60.000 PendlerInnen strömen aus dem Kreis in die Landeshauptstadt Kiel – jeden Tag! Zur Arbeit, zum Einkaufen, zur Ausbildung und zur Freizeitgestaltung. Viele Menschen haben sich bewusst für den ländlichen Raum als Wohnort entschieden. Zusätzlich wählen viele

SeniorenInnen von außerhalb ihren Altersruhesitz im Kreis. Beide Entwicklungen zeigen: Lebensqualität ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor!

Für den Kreis Plön ist es von großer Bedeutung, seine Qualität als Wohnstandort und zur Erholung zu bewahren. Ziel grüner Politik ist es, unsere Landschaft in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie ihre Funktion als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und damit auch als Erholungsraum zu schützen und zu entwickeln. Dem Schutz der Natur in den Vorranggebieten muss Priorität vor allen anderen Nutzungen eingeräumt und Vorbehaltsräume und Biotopverbundachsen müssen weiterentwickelt werden. Bauprojekte sollen Grundwasserdynamik und Überflutungsgefahren berücksichtigen. Eine weitere Zersiedelung durch Baugebiete im Außenbereich der Dörfer und durch kommunale Gewerbegebiete lehnen wir entschieden ab; weitere Bebauungen müssen sich an den Achsen des ÖPNV und der Bahnstrecken orientieren.

#### Für eine attraktive, bezahlbare und umweltverträgliche Mobilität

Für einen zukunftsfähigen Flächenkreis Plön ist in Zeiten knapper werdender Ressourcen ein attraktiver Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV) unverzichtbar. Arbeitsplätze, Schulen und Kitas, Wohnorte, Freizeit- und Sozialeinrichtungen müssen gut erreichbar zu sein. Der Kreis ist als Träger des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs gefordert, seiner Verpflichtung zur Daseinsvorsorge möglichst flächendeckend nachzukommen.

Zentrales Projekt des ÖPNV ist die Realisierung der StadtRegionalBahn Kiel. Nur mit einem leistungsfähigen schienengebundenen ÖPNV-System wird es gelingen, die täglichen Pendlerströme in die Landeshauptstadt umweltfreundlich zu organisieren. Handel, Tourismus und der Wert der Immobilien profitieren von der SRB ebenso wie die Firmen, die an Bau und Betrieb beteiligt sind. Die Straßen werden jährlich um viele Millionen Kilometer PKW-Verkehr entlastet. Dies bedeutet weniger Schadstoffe, weniger Energieverbrauch und weniger Lärm. Die für 2014 durch den Landesbetrieb Verkehr in Aussicht gestellte Inbetriebnahme der Bahntrasse Kiel-Schönberg ist ein bedeutsames Signal in diese Richtung.

Neben dem Netz der SRB werden wir uns für die Reaktivierung der Bahnstrecke (Plön -) Ascheberg - Neumünster als Rückgrat dieser wichtigen West-Ost-Achse einsetzen.

Das landesweite Schienennetz ist durch ein „Busgrundnetz“ zu ergänzen mit dem Ziel, die wichtigsten Buslinien mit dem Bahnnetz zu verbinden. Schnelle Verbindungen auf der Schiene und gute Anbindungen von Orten ohne Bahnhaltepunkte durch Busverbindungen mit kundengerechten Takt- und Bedienzeiten erleichtern das Umsteigen auf die Mittel des ÖPNV.

Die Fördeschiffahrt ist ein wesentlicher Baustein unseres ÖPNV, sie ist Nahverkehr auf dem Wasser und muss in ein sinnvolles Gesamtkonzept für unseren ÖPNV eingebunden bleiben. Das betrifft insbesondere die Vernetzung der vorhandenen Buslinien mit den Anlegestellen auf dem Ostufer.

Wir wollen prüfen, wieweit innovative Systeme wie Bürgerbus, Anruflinienbus oder Anruflinentaxi die Regelverbindungsangebote in strukturschwachen Gegenden ergänzen können.

Wir wollen den Kreis Plön zu einem Vorreiter in der Elektromobil-Infrastruktur machen. Elektrofahrzeuge, die aus regenerativen Stromquellen gespeist werden, sind eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV dort, wo individuelle Mobilität nicht verzichtbar ist.

Eine Elternbeteiligung an den Kosten der Schülerbeförderung lehnen wir ab. Unabhängig davon sollen Schülerinnen und Schüler ihre Schulbuskarten als VRK-Netzkarten nutzen können.

### Kein weiterer Straßenausbau im Kreis Plön!

Angesichts einer schwierigen Lage der öffentlichen Haushalte ist es unser Ziel, die Verkehrswege (Straßen, Rad-/Fußwege, Schienen, Fähre) angepasst am Bedarf zu erhalten. Auch im Hinblick auf die heute schon zum Teil sinkenden Verkehrszahlen kann nicht der Straßenausbau, sondern nur die Erhaltung des Bestandes die Probleme lösen!

Die Grünen präferieren für die B 404 bis an die Stadtgrenze Kiels einen Ausbau zur vierspurigen Bundesstraße. Damit bleibt die Trasse für den Quell- und Zielverkehr der Gemeinden, den ÖPNV sowie den untergeordneten Verkehr weiterhin nutzbar.

Die Hinterlandanbindungen für die Fehmarnbelt-Querung müssen landschaftsschonend und umweltverträglich geplant werden. Entwicklungskonzepte beinhalten nach unserem Verständnis die ausgewogene Betrachtung der ganzen Bandbreite von Chancen, Nutzen, aber auch Risiken und Nachteilen der Möglichkeiten. Einem vorrangigen Ausbau von A1, A7, B202 und B76 erteilen wir eine Absage. Wir setzen auf die Ertüchtigung der relevanten Bahnstrecken für den Personen- und Güterverkehr.

### Klimaschutz und Energiesparen stehen im Mittelpunkt der Wirtschaftsförderung

Kreis und Gemeinden spielen beim Klimaschutz eine Hauptrolle: Als große Energieverbraucher, als Planungs- und Genehmigungsinstanz, als Grundstückseigentümer und Vorbild für die Bürger haben Städte und Gemeinden einen maßgeblichen Einfluss auf die Energieversorgung.

Wir wollen der Wirtschaftsförderung einen Gestaltungsauftrag geben. Zum Beispiel soll Wirtschaftsförderung den Einstieg in die Nutzung regenerativer Energien und den Klimaschutz durch Energieeinsparung vor Ort forcieren. Dies ist auch eine Chance für kleine und mittlere Unternehmen. Unsere Wirtschaftsförderung soll Unternehmen aus dem Bereich Energieeinsparung, energetische Gebäudesanierung und regenerative Energien beraten und ansiedeln. Sie soll den aktuellen Stand von Forschung und Technologie vermitteln, Firmen und VerbraucherInnen vorhandene Fördermöglichkeiten aufzeigen und durch Marketing die Energiewende in der Region beschleunigen. Bündnis 90 / Die Grünen im Kreis Plön setzen daher für Kreis, Städte und Gemeinden auf Energieversorgung durch Erneuerbare Energien, auf Steigerung der Energieeffizienz und auf Senkung des Energieverbrauchs. Wir wollen mehr Blockheizkraftwerke (BHKW) im ländlichen Raum, die Strom- und Wärmeproduktion miteinander verbinden.

Wir wollen langfristig eine Versorgung mit 100 Prozent erneuerbaren Energie erreichen und sind uns bewusst, dass dies auch Belastungen für manche Bürgerinnen und Bürger und für Natur und Landschaft mit sich bringen kann. Trotzdem muss der Kreis Plön einen angemessenen Anteil an Windenergievorrangflächen ausweisen, derzeit wird nicht einmal die Hälfte des Landesdurchschnitts erreicht. Die Auswahlentscheidung für Vorranggebiete darf nicht von Interessen der Investoren geleitet sein, sondern muss sich an objektiven Kriterien festmachen, wie Lärmbelastung, Sicherheit, Sichtachsen, Vogelzug und den Anforderungen eines naturnahen Tourismus‘.

Für die Energiewende brauchen wir einen zügigen Netzausbau. Unser Ziel ist es, Freileitungen sukzessive aus der Landschaft verschwinden zu lassen. Dazu muss der rechtliche Druck auf die Netzbetreiber aufrechterhalten werden, bei jeder Änderung im Netz, nicht nur beim Neubau, das technisch Mach- und Bezahlbare auszunutzen, insbesondere bei der Erdverkabelung von 110 kV-Leitungen. Im Höchstspannungsbereich ist die Erdverkabelung leider technisch noch nicht auf große Distanzen möglich. Neuen Freileitungen werden wir nur zustimmen, wenn die energiewirtschaftliche Notwendigkeit zweifelsfrei belegt ist. Transparenz und Bürgerbeteiligung in den notwendigen Planfeststellungsverfahren müssen von Anfang an sichergestellt werden.

#### Das Handwerk stärken

Das Handwerk hat im Kreis Plön hohe Bedeutung. Es stellt auch in ländlichen Regionen Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung und trägt dazu bei, Gebiete mit rückläufiger Bevölkerung lebendig zu erhalten. Die Grünen im Kreis fördern das Handwerk unter anderem durch Unterstützung bei überbetrieblicher Ausbildung und beim Ausbau von Infrastruktur sowie durch eine konsequente Bekämpfung von Schwarzarbeit.

Unser Ziel ist der Erhalt und die sachgerechte Unterstützung des regionalen handwerklichen Mittelstandes. Die durch unser Handwerk im Kreis gesicherte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für uns Grüne im Kreis nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch ein deutlicher Vorteil im überregionalen Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

#### Zugang zum Internet als Bürgerrecht sicherstellen

Die Verfügbarkeit von schnellen Internetanschlüssen ist in Schleswig-Holstein in ländlichen Gegenden weiterhin mangelhaft, dabei gibt es hier ein großes Bedürfnis nach schnellem Netzzugang. Ein Breitbandzugang ist in der Wissensgesellschaft unabdingbare Grundlage eines zeitgemäßen Lebensumfeldes und elementar für soziale Teilhabe im 21. Jahrhundert. Er ist Voraussetzung für gute Bildung und Wissen und befördert wirtschaftliche Entwicklung. Wir werden uns eine gründliche Prüfung der Ausbauerfordernisse der Breitbandversorgung im Kreis Plön einsetzen. Davon wird besonders der ländliche Raum profitieren. Auf Bundesebene setzen wir uns für das Recht aller auf einen Breitbandanschluss ein, der als flächendeckender Universaldienst (analog zur Post- und Telefonversorgung) verfügbar sein muss.

## Harald Bleckert – Bewerbung zur Kreistagswahl im Mai 2013

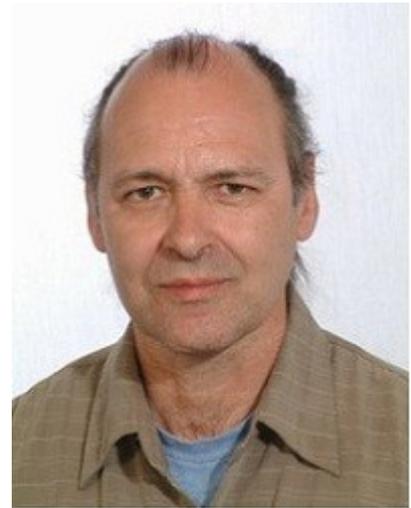
Mein Name ist Harald Bleckert. Ich bin 56 Jahre alt, verheiratet, habe drei Töchter und lebe mit meiner Familie in der Gemeinde Blekendorf.

Seit Mitte der 80er arbeite ich als Softwareentwickler.

Ich habe viele Jahre im Ausland gearbeitet.

Von 1998 bis 2005 habe ich durchgehend auf der Insel Bali in Indonesien gelebt. Nach den Bombenattentaten auf Bali im Oktober 2002 habe ich mich dort intensiv sozial engagiert und habe dort ein international anerkanntes Nothilfenetzwerk gegründet.

Damals habe ich gelernt, welche Probleme durch Korruption entstehen können und wie wichtig ein Engagement gegen Korruption ist. 2005 wurde meine Familie selbst Opfer von Korruption in Indonesien und wir mussten letztlich mittellos aus Indonesien ins Exil nach Deutschland gehen.



Meine politischen Kernthemen sind Umwelt, Soziales und Bildung.

Ich bin Mitglied im überparteilichen Netzwerk Grundeinkommen und befürworte ebenso wie die Grüne Jugend die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für den Sozialstaat im 21. Jahrhundert. Seit 2005 engagiere ich mich auch als Mitglied von Transparency Deutschland im Bereich Korruptionsbekämpfung, denn auch in Deutschland ist dies ein wichtiges gesellschaftliches Thema.

Nach meiner Rückkehr wurde ich als „arbeitsloser“ Bezieher von Hartz-IV Leistungen direkt mit dem Ergebnis der Agenda 2010 konfrontiert und war schockiert über die gesellschaftlichen Folgen der Verknüpfung von Sozialhilfe und Lohnarbeit.

Obwohl ich Grün-Wähler der ersten Stunde bin und bis dahin nie eine andere Partei gewählt hatte, wählte ich 2005 aus Enttäuschung die Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit und wurde mit der Fusion von WASG und PDS Gründungsmitglied des Plöner Kreisverbandes der PdL. Da ich schon immer Interesse an Kommunalpolitik hatte, kandidierte ich für den Kreistag und wurde im Mai 2008 in den Plöner Kreistag gewählt. Dort war ich Fraktionsvorsitzender der linken Kreistagsfraktion bis ich 2009 gemeinsam mit vielen anderen enttäuschten Mitgliedern meinen Parteiaustritt erklärte. Seit 2011 bin ich Mitglied der Grünen Fraktion des Plöner Kreistags.

Als Generalist arbeite ich mich gerne und schnell in neue, auch komplexe Sachgebiete ein.

Im Verlauf meines Kreistagsmandats war ich aktives Mitglied in fast allen Ausschüssen des Kreistags. Im Hauptausschuss und in der Gesellschafterversammlung Blumenburg war ich durchgehend aktiv. Heute vertrete ich die Grüne Kreistagsfraktion im Hauptausschuss, im Schulausschuss und im Sozialausschuss.

Kreispolitik ist pragmatische Politik und grüne Positionen können nur gemeinsam mit Vertretern anderer Parteien durchgesetzt werden. Dies erfordert überzeugende Argumentation, Verhandlungsgeschick und auch Kompromissbereitschaft. Auf dieser Grundlage habe ich 5 Jahre erfolgreich Kreispolitik betrieben.

Schwerpunkte meines kommunalpolitischen Engagements sind die Bereiche Soziales und Bildung. Außerdem verstehe ich ein Kreistagsmandat auch als Verpflichtung jederzeit Ansprechpartner für Anliegen oder Sorgen der Bevölkerung zu sein und diesen im Kreistag und in den Ausschüssen Gehör zu verschaffen. In diesem Zusammenhang habe ich mich zum Beispiel für die Einführung einer Einwohnerfragestunde als regulären Tagesordnungspunkt erfolgreich eingesetzt. Auch habe ich fortlaufend Argumenten von Kritikern des Technologiezentrums Blumenburg und des Lütjenburger Notarzbündnisses Gehör verschafft.

**Ich möchte meine Erfahrungen und meine Energie weiterhin kommunalpolitisch einbringen und bewerbe mich deshalb für einen Listenplatz zur Kreistagswahl 2013 und als Direktkandidat für den Wahlkreis Lütjenburg-Ost.**

# Bewerbung um einen Listenplatz für den Plöner Kreistag 2013



## Martin Drees

Am See 5, 24211 Wahlstorf, OT Wielen  
48 Jahre, verheiratet, 2 Kinder (18 u. 25)  
leidenschaftlicher Fahrradfahrer und Brettspieler

Dipl.-Sozialpädagoge beim Kreis Stormarn, Fachdienst Eingliederungshilfe  
Mitglied im OV Preetz u. Umland  
Mitglied bei Ver.di

Liebe Plöner Grün/innen,

geboren und aufgewachsen im Landkreis Lüneburg hatte ich 1979 erste Berührungspunkte mit der Besetzung des Bohrplatzes 1004 im wendländischen Gorleben und bin sozusagen Grünen-Wähler der ersten Stunde.

Nach dem Abitur in Kiel war ich für ein Jahr in Italien (Sozialarbeit und Landwirtschaft), danach mehrjähriges Engagement im Bereich Internationaler Jugendaustausch.

Über 20 Jahre Vorstandsarbeit in der Jugendkulturwerkstatt Kiel-Suchsdorf e.V.; studentische Gremienarbeit; Vorstandsarbeit im Kinderladen und in der Betreuten Grundschule

Ab 1991 Pädagogischer Leiter in verschiedenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen

Seit 1992 bis 2007 war ich gemeinsam mit meiner Frau selbständig als Mitinhaber des Brettspielfachgeschäftes „Spiele Oase“ in Kiel (u. a. Mitglied im Netzwerk Selbsthilfe) und hatte hierdurch immer „einen Fuß im richtigen Leben“ behalten.

Seit meine Kinder groß sind habe ich nun Lust und Zeit, meine Berufs- und Lebenserfahrungen für Grüne Politik einzusetzen.

Zentrale Leitlinie ist dabei die konsequente Förderung von Selbstbestimmung und Teilhabe für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen, da diese Menschen selbst am besten wissen, was für sie gut ist. Sozialpolitik sollte sich zudem nicht darauf beschränken, immer mehr Geld ins System zu geben, sondern vorhandene Ressourcen effizienter zu nutzen.

Im Kreis Plön möchte ich mich vor allem einsetzen für die

- \* Förderung von Selbsthilfeverbänden
- \* Etablierung des Persönliche Budgets
- \* Unterstützung von Beteiligungsstrukturen
- \* Einsetzung von unabhängigen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Ich bitte um Eure Unterstützung für meine Kandidatur

## Bewerbung um Listenplatz für die Kreiswahl Plön 2013



### Gerd Dreßler

66 Jahre

Fregattenkapitän a.D.

seit 2001 Vorsitzender OV Preetz

seit 2003 Kreistagsfraktion Plön

seit 2008 Fraktion Stadtvertretung Preetz

Liebe Leute,

ich bewerbe mich um einen vorderen Platz auf der Liste unseres Kreisverbandes für die Kreiswahl Plön 2013. Ich möchte im Kreistag für weitere 5 Jahre grüne Politik gestalten und nach außen sichtbar machen.

Als umweltpolitischer Sprecher der grünen Fraktion im Plöner Kreistag setze ich mich besonders für die Stärkung des ländlichen Raumes ein. Dabei scheue ich keine Konflikte mit politischen Gegnern und ebenso wenig mit den organisierten Landwirten, den Jägern und den Binnenfischern im Konflikt um den Stellenwert von Umwelt und Natur in unserer Gesellschaft.

Bürgerschaftliches Engagement zur Wahrnehmung berechtigter Interessen findet meine ungeteilte Unterstützung dort, wo es mit dem Allgemeinwohl vereinbar ist:

\* 7 Jahre lang habe ich den Verein „Leben auf der Glindskoppel“ in Preetz geleitet und die Lebensbedingungen der Menschen in diesem sozialen Brennpunkt verbessern helfen.

\* Als Gründungsmitglied des Vereins „Ostholsteinbahn“ zur Reaktivierung der Strecke Neumünster – Ascheberg beteilige ich mich regelmäßig an den Arbeiten zur Erhaltung der Bahnstrecke.

\* Beim Bio-Bauern Matthias Stührwoldt in Stolpe habe ich mir während eines mehrtägigen Praktikums Einblicke verschaffen können in das Berufsumfeld eines Milchviehlandwirtes.

\* Die Bürgerinitiative Pohnsdorf „Unter Hochspannung“ unterstütze ich seit ihrer Gründung.

Ich halte nicht nur im Kreistag Reden, sondern engagiere mich vor Ort. Mein besonderes Augenmerk gilt dem Erscheinungsbild der Grünen in der öffentlichen Wahrnehmung durch Teilnahme und Unterstützung von Kampagnen und Veranstaltungen, aber auch deren Reflexion in den Medien.

Nach dem Landtagswahlkampf 2012 um den Wahlkreis Plön-Süd/Ahrensböök will ich 2013 mit meiner erneuten Kandidatur für den Plöner Kreistag ein Zeichen setzen für weitere 5 Jahre Kontinuität und Berechenbarkeit grüner Politik im Kreis.

**Ich erbitte daher Euer Vertrauen und Eure Zustimmung zu meiner Kandidatur.**



## Axel Hilker

Dorfstraße 74  
24220 Boksee  
axel-hilker (at) web.de

geb. 1967 in Detmold, NRW  
Diplom-Biologe

### Ausgewählte berufliche Stationen:

1998 bis 2000 Regionalbüromitarbeiter  
Klaus Müller MdB

2001 Mitarbeiter Agenda 21-Büro Schleswig-Holstein

2002 Referent, Wasserwirtschaft, MUNF

2003 bis 2005 Pers. Referent des Ministers für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

2005 - 2012 Referent, Wasserwirtschaft, MLUR

seit 2012 Leiter des Büros der Finanzministerin

### Aktiv in der Partei:

Mitglied seit 1995

1996 bis 1998 Geschäftsführer KV Lauenburg

im KV Plön Direktkandidat zur LT-Wahl 2000, 2005, 2009 und 2012

zwischen 1998 und 2008 div. Tätigkeiten als Mitarbeiter der LT-Fraktion, Geschäftsführer, Schatzmeister und Vorsitzender des KV Plön

seit 2003 im Kreistag Plön

2007-2009 und 2010-2011 Mitglied im Landesparteirat

seit 2008 Vorsitzender der Kreistagsfraktion Plön

## Bewerbung um Listenplatz 2 zur Kreiswahl 2013

Liebe Freundinnen und Freunde,

zehn Jahre durfte ich Euch bislang im Kreistag vertreten. Immer wieder hat sich dabei gezeigt: auf starke GRÜNE kommt es an!

Unsere Fraktion hat in den letzten Jahren eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Als Vorsitzender war es mir wichtig, dass wir grüne Politik stets geschlossen, konstruktiv und – im Unterschied zu anderen Fraktionen – im Einklang mit unserer Landespolitik vertreten. Es waren in der Regel die Grünen, die zu den großen Debatten eigenständige, abstimmungsfähige Alternativvorschläge eingebracht haben, statt sich nur an Verwaltungsvorschlägen abzuarbeiten. Wir haben Landrätin Ladwig gegen den schwarz-gelben Kandidaten durchgesetzt, wir haben die Jagdsteuer wieder eingeführt und für eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung geworben.

Doch mussten wir in zentralen Fragen die Blockade und Fehlentscheidungen einer faktischen CDU-SPD-Koalition miterleben. Einer Koalition ohne Ideen, ohne Plan, ohne Gestaltungswillen. Unsere hervorragenden Ergebnisse bei den letzten Wahlen machen mir aber Hoffnung, dass neue Gestaltungsmehrheiten im Kreistag möglich sind, um der Kreisentwicklung eine grüne Richtung zu geben! Drei Ziele liegen mir persönlich dabei besonders am Herzen:

1. Unser Kreis soll klima-neutral werden und die Energiewende aktiv vorantreiben. Kommunaler Klimaschutz ist unser Förderprogramm für die Wirtschaft. Kleine und Mittlere Unternehmen profitieren von Gebäudesanierung und alternativer Energieversorgung. Und nur mit einem leistungsfähigen ÖPNV-System wird es gelingen, die täglichen Pendlerströme nach Kiel umweltfreundlich zu organisieren. Zentrales Projekt der nächsten Jahre ist die StadtRegionalBahn.

2. Unser Kreis wird zum Naturerlebnisraum für die Metropolregion Hamburg. Ostseeküste und Holsteinische Schweiz sind mit einer wunderschönen Natur- und Kulturlandschaft gesegnet. Wir müssen unsere Region für genussorientierte KurzurlauberInnen attraktiver machen und zugleich ökologisch aufwerten.

3. Schwarz-Gelb im Land und konservative Mehrheiten im Kreistag haben in der Schullandschaft ein Chaos hinterlassen. Nun gilt es, die zergliederten weiterführenden Schulen im Kreis zu Bildungszentren zusammenzuführen und zu gebundenen Ganztagschulen weiterzuentwickeln.

Dafür will ich gerne kämpfen und bitte um Eure Stimme!

Mit grünen Grüßen

Axel

## Bewerbung

für einen vorderen Frauen-Platz auf der Liste für den Plöner Kreistag ab 2013

*Liebe Grüne,*

Vor rund fünfzehn Jahren waren meine Familie und ich nach SH gekommen, aus dem Rheinland zogen wir hoch in den windigen, weiten Norden. Das war keine leichte Entscheidung, denn wir kannten hier nichts und niemanden. Nach einigen Jahren fiel der attraktive Arbeitsplatz weg, und als im Sommer 2011 unser Haus abbrannte, wäre die Gelegenheit gewesen, in die alte Heimat zurück zu ziehen. Wir hatten auch tatsächlich darüber nachgedacht. Aber dann stellten wir fest: Unser Zuhause ist hier.

Es war nicht leicht, im Kreis Plön heimisch zu werden. Ihr wisst es selbst: Die Wege im Ländlichen außerhalb der Stadttore von Preetz, Plön oder Heikendorf sind lang, egal ob zur Schule, zum Bäcker, zum Arzt oder zum Amt, und ohne Auto läuft nicht viel. Musik, Kino, Tanz und Sport, spannende Vorträge – man ist länger unterwegs, um dorthin zu kommen, als man dort ist, um es zu erleben. Es geht ein rauer Wind, und die Ureinwohner hier verschwenden ihre Freundschaft nicht.

Inzwischen verbinden uns wertvolle Freundschaften. Die Weite ist wunderbar. Menschen, Wetter und Landschaft sind von ehrlicher Klarheit. GRÜN-Wählerin war ich schon, hier lernte ich auch die Menschen, die sich bei den GRÜNEN engagieren, kennen und schätzen. Schnell war ich selbst aktiv, übernahm Ehrenämter von Gemeinderat bis zur Mitarbeit in LAGen und BAGen. Seit 2005 bin ich für die GRÜNEN im Kreistag Plön.

GRÜNE Politik heißt für mich, Ideen zu haben, Fakten zu prüfen, an einem soliden Fundament für die Zukunft zu bauen. Unterschiedliche Mitwirkende bringen ihre Kenntnisse und Stärken ein. Ich scheue keine Diskussion, solange sie fair bleibt. Im Ergebnis stehen dann gemeinsam getragene Überzeugungen.

Auch mit der neugewählten Kreistags-Fraktion möchte ich GRÜNE Duftmarken in der Plöner Kommunalpolitik setzen:

Für Gerechtigkeit, für das Leben, für das Herz.

Ich will zum Beispiel

Landschaft am Stück, statt Asphaltnarben-Netze,  
ortsnahe Schulen für kleine Leutchen,  
Wohlfühlraum für uns Einwohner, ob Pendlerin oder Rentner,  
Familienmutter oder Hundehalter, Ökobauer oder Sportlehrer,  
Eigenheimbesitzer oder Fahrradfahrer,  
für Urlauberinnen und Urlauber, für Tiere und Pflanzen.

Mit Eurer Unterstützung geht das! Ich freue mich auf weitere kraftvolle Teamarbeit und werbe um Eure Stimme für einen vorderen Listenplatz.

*Regina Jaeger*

## **Regina Jaeger**

### Berufliches:

**Dipl.Ing. agr. (Univ. Bonn)**

**Beraterin für  
arten- und bedürfnisorientierte  
Nutztierhaltung**

### **Publizistin & Edutainerin**

#### **Koordinatorin**

**"T. Erlebnisgarten Panker" und  
"Schlafgut Panker"  
Event & Sleep In Location  
Erlebnis- und  
Fortbildungsseminare**

### Stationen des Berufslebens:

**wiss. Mitarbeiterin für  
PROVIEH –VgtM e.V.**

**Bürgerberatung im  
Umweltamt Kaiserslautern**

**Geschäftsführung Rinder-  
zuchtverband Heidelberg**

### Privates

**verheiratet, 2 Kinder,  
48 Jahre alt**



**Dipl.-Ing. (FH) Michael Meggle**  
**Sprecher GRÜNE Probstei**  
**Hafenstraße 5**  
**24235 Laboe**



[michaelmeggle@aol.com](mailto:michaelmeggle@aol.com)  
[www.michaelmeggle.de](http://www.michaelmeggle.de)

Bewerbung um den Listenplatz 6 für den Kreistag

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Grüne,

noch nicht mal ein Jahr nach der Gründung unseres OV's Probstei haben wir es für Laboe geschafft, die 10 Kandidatinnen und Kandidaten für die 5 Wahlkreise im Ort aufzustellen. Ich bin mir sicher, dass wir den Menschen im Laboe in dieser kurzen Zeit gezeigt haben, wie wichtig GRÜN in der Gemeindevertretung wäre, wie notwendig ein aktiver Klimaschutz für Strand und Küste ist und wie wir durch Förderung von ehrenamtlichen Engagement und Bürgerbeteiligung gemeinsam mehr erreichen werden. Jetzt müssen wir ihnen und den Wählerinnen und Wählern in der Region zeigen, welche Ideen wir noch für die Zukunft des Kreises Plön haben!

### **Wirtschaft, Handwerk, Tourismus im Einklang mit Landwirtschaft, Naturschutz und sozialem Engagement. Neue Impulse im Kreis Plön!**

Ich möchte mithelfen, dass wir weiterhin unsere Kompetenzen in diesen Bereichen ausbauen. Hier möchte ich meine Erfahrungen einbringen und zu einem guten GRÜNEN Ergebnis bei der Gemeinde- und Kreiswahl beitragen, damit wir die gute Arbeit der Küstenkoalition im Landtag mit einem deutlichen Signal aus Kreis und Kommune unterstützen können. Besonders wichtig ist mir, dass unser Kreis Plön nicht nur eine Transitstrecke für die Menschen in der Metropolregion Hamburg darstellt. Neben den Ostseebädern bieten wir wunderschöne Seengebiete, einzigartige Naturschutzgebiete und natürlich Landschaften, die für Fahrrad- und Reittourismus und einem „entschleunigten“ Urlaub die Kulisse bieten. Ich stehe für Harmonie von wirtschaftlichen Interessen und Naturschutz und bitte um Euer Vertrauen und um Eure Stimme, für den Platz 6 auf der Liste für den Kreistag in Plön.

### **Schwerpunkte meiner politischen Arbeit**

Als Mitglied der LAG Energiepolitik und Ingenieur der E-Technik, habe ich durch mein Fachwissen beim Energieträger Strom eine natürliche Affinität zur Winderzeugung und -nutzung. Die Nutzung regenerativer Energien, Einsparungen zum Klimaschutz und Speicherung und Transport von Energie sollten der Gestaltungsauftrag der Wirtschaftsförderung sein, um die Energiewende bei uns im Kreis zu beschleunigen.

Als Verfechter öffentlicher Verkehrsmittel stehe ich hinter dem SRB Konzept mit schienengebundenen Haupttrassen, verlässlicher Anbindung durch öffentlichen Personennahverkehr und individueller Beförderung in die kleinsten Ortschaften.

Aber nicht nur für die Investitionen in den ÖPNV spielt die Wirtschafts- und Haushaltspolitik eine Hauptrolle. Nur ein gesicherter Haushalt lässt Investitionen für die o.g. Bereiche, für Soziales und den für unseren Kreis so bedeutenden Tourismus nachhaltig zu. Diese müssen vorsichtig eingesetzt werden, ohne aber einen Investitionsstau zu erzeugen. Ein konsolidierter Haushalt im Kreis könnte der richtige Impuls für die Gemeinden und Ämter sein.

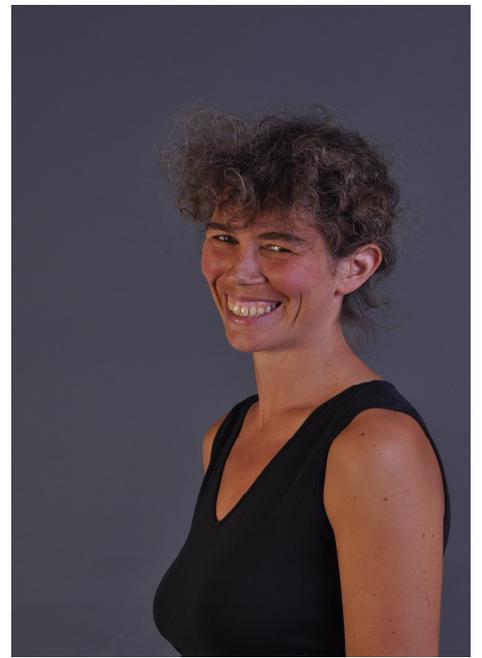
### **Biografie**

Geboren wurde ich am 26. Mai 1968 in Kiel und lebe, nach 10 jähriger beruflicher Abwesenheit, nun seit 2008 wieder im Ostseebad Laboe. Nach Abschluss meines Studiums der Elektrotechnik an der FH in Kiel arbeitete ich für verschiedene Elektronikhersteller im internationalen Vertrieb. Wirtschafts- und Finanzpläne sind mit durch meine berufliche Tätigkeit bestens vertraut. In diesem Themenfeld möchte ich unsere Fraktion verstärken. Kooperation und Kommunikation runden meine Begabungen ab.

Da wir als GRÜNE auch mal einen Bürgermeisterwahlkampf gewinnen sollten, habe ich mich kurzerhand entschieden, mich für die hauptamtliche Bürgermeisterstelle in Laboe zu bewerben. Die Direktwahl der knapp 4400 Wahlberechtigten im Ort findet am 03. März 2013 statt. Der Einzug in die Stichwahl wäre für mich und unsere Partei ein Erfolg und sorgt, so denke ich zumindest, auch für eine gute öffentliche Aufmerksamkeit.

Herzlichst euer

*Michael*



## Felicitas von Hollen

Hufe 2  
24329 Görnitz (Grebin)  
04383 518457  
felicitas.vonhollen@web.de  
OV Grebin  
geb. 19.05.1972 in Bielefeld

Diplombiologin / Naturpädagogin  
nebenberuflich selbstständig als reitpädagogische Betreuerin /Naturpädagogin  
Lehrtätigkeit in Grundschulen

3 Kinder (18, 15 und 10 Jahre)

Aufgewachsen bin ich in Münster und Bielefeld. Nach meiner Schulzeit und zwei Auslandsaufenthalten in den USA und Australien zog es mich zum Studium nach Berlin. Mein Schwerpunkt dort war die Verhaltensbiologie (Primaten und Nutztiere).

Mehr und mehr habe ich mich, auch durch meine Kinder beeinflusst, der Pädagogik zugewandt und u.a. eine Weiterbildung als Naturpädagogin gemacht.

Nach unserem Umzug nach Schleswig-Holstein floss viel meiner Arbeits- und Lebenszeit (neben der Familie) in die Gründung und Entwicklung der Freien Schule Leben und Lernen in Selent. Lern-, Lebens- und Kommunikations-Prozesse und die innewohnenden Entwicklungspotentiale waren und sind ein Hauptinteresse meines Lebens.

Thematisch mit enthalten ist für mich der verantwortungsvolle (und damit nachhaltige) Umgang mit Ressourcen (die uns Umgebenden und unsere eigenen) was mich zunehmend politisch aktiv werden lässt :-)

Was bleibt noch Wichtiges zu mir zu sagen? Sonst sind meine Familie, Freunde, Singen (Band und Chor), Tanzen (Ausdruckstanz und Tango), (Fahrrad-) Reisen... und vor allem unsere Tiere (Pferde, Hunde...) wichtige Wegbegleiter meines Lebens.

## Finanzen 2012 bis 2016: Nachtragshaushalt und Wahlkampfhaushalt 2013

Auf den Seiten 27 bis 29 findet Ihr das vorläufige IST 2012 bzw. die Prognose 2012 sowie unseren Vorschlag (KV Vorstand) für die Jahre 2013 bis 2016. Naturgemäß ist die Planung von 2013 mit seinen beiden Wahlkämpfen am wichtigsten. Die Planungen sind konservativ und solide. Dennoch glauben wir, dass wir für die kommenden beiden Wahlkämpfe (Kommunalwahl und Bundestagswahl) ausreichend Mittel zur Verfügung haben, um einen guten und erfolgreichen Wahlkampf führen zu können. Gleichzeitig glauben wir, dass wir das Jahr 2013 und die Folgejahre finanztechnisch so gestalten, dass wir im Jahr 2016 wieder genügend Vermögen angesammelt haben werden, um den dann stattfindenden Landtagswahlkampf erfolgreich bestreiten zu können. Zu Vergleich: für den Landtagswahlkampf 2012 haben wir ca. 19.000€ ausgegeben.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich allen Mitgliedern für Ihre Beiträge und allen Spendern und Mandatsträger für Ihre Spenden und Abgaben nicht zuletzt im Namen des gesamten KV-Vorstandes recht herzlich danken.

Wolfgang Boppel (Schatzmeister)

### Verteilung der Gelder an die Ortsverbände

Historie: Bislang haben wir die Gelder frei Hand vergeben nach der Maßgabe, dass alle OV's einigermaßen angemessen behandelt werden. In der Regel war genug Geld da und die Wünsche waren bescheiden. Wenn etwas Besonderes veranstaltet wurde (zum Beispiel Ökomarkt Preetz, Energiemesse Heikendorf) gab es auch mal einen größeren Betrag.

Neue Situation: Durch die zunehmende Aktivität der OV's kommen wir mit diesem Verfahren an die Grenze. Damit sich niemand benachteiligt wird, haben wir eine Tabelle erstellt. Jeder OV hat einen Verfügungsfonds für das ganze Jahr und einen Wahlkampffonds.

- Der Verfügungsfonds richtet sich grob (mit leicht degressivem Wachstum) nach der Zahl der Einwohner und ein bisschen auch nach der Zahl der Mitglieder (insgesamt 3300 Euro).
- Der Wahlkampffonds berücksichtigt zusätzlich besonders die Zahl der Einwohner in dem Ort/den Orten, wo der OV kandidiert (insgesamt ca. 3000 Euro), da für die anderen Bereiche die Grundkosten (Flyer, Plakate, Give-Aways) durch den KV bezahlt werden.

Außerdem gibt es einen Sonderfonds, aus dem Geld für besondere Veranstaltungen beantragt werden kann (insgesamt 1700 Euro)

OVe	Einwohner	EW wo kandidiert wird	Mitglieder	Wahletat (Pos 1)	Verfügung s-etat (Pos 2)	Sonderzu weisung (Pos 3)	Ausgaben allg. pol. Arbeit = Summe Pos 2+ Pos 3
Lütjenburg + Panker	15 900	5300	21	300	400		400
Probstei	22 700	5200	14	300	400	300	700
Heikendorf	8 200	8200	14	350	300	200	500
Schönkirchen	6 200	6200	10	300	250		250
Selenter See	5 500	1300	12	150	250		250
Schwentinental	13 500	13500	14	400	350		350
Preetz	33 900	24200	25	500	600		600
Plön	ca. 18 000	12800	14	400	400		400
Grebin	ca. 3 000	1000	4	150	150		150
Stolpe/Wankendorf	8 100	1300 /2800	7	150	200		200
Mitglieder ohne OV-Zuordnung			10				
Noch verfügbar						1200	
<b>Zwischensumme Ove Zuweisung</b>	<b>134 000</b>	<b>77700</b>	<b>145</b>	<b>3000</b>	<b>3300</b>	<b>1700</b>	<b>5000</b>
				* 1			* 2
		<b>Legende</b>		* 1 findet sich in Tabelle Vorschlag Wahlkampfkosten			
				* 2 findet sich in Zeile 15" Nachtragshaushalt 2012 etc."			

Nachtragshaushalt 2012 (identisch mit Forecast 2012) und neue MiFiFi-Planung KV-Piön 2012 - 2016

Jahr	2009		2010		2011		2012		Vorläufiger Abschluss 2012 bis ca. 31.12.2012	Forecast 2012		Plan-Alt 2013		Neu-Plan 2013		Kommentare Neu-Plan 2013	Plan				
	Vollzug	2009	Vollzug	2010	Plan	Vollzug	2011	Plan		2012	per 31.12.2012	per 31.12.2011	per 31.12.2013	per 31.12.2011	per 31.12.2011		per 31.12.2011				
Reinvermögensvortrag 01.01.	10.524	9.111	12379	12.379	15.429	15.966	15.966	9.809	8.996	8.996	4.657	3.566	5.716	10.566							
Wahlen:	LTW	BTW	EPW																		
<b>Einnahmen</b>																					
1. Mitgliedsbeiträge	9.116	9.985	9.500	15.358	13.000	22.020	22.000	13.000	22.000	2.500	21.000	21.000	21.000	21.000							
2. Mandatsträgerabgaben	3.250	2.688	3.700	3.637	3.000	2.726	2.800	3.000	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500							
3. Geldspenden	1.347	2.329	300	300	1.000	2.064	2.100	1.000	1.500	1.500	1.000	1.000	1.000	1.500							
4. Spenden - Auslagenverzeichnis	1.374	4.405	400	2.995	1.500	3.847	3.850	1.500	9.000	1.500	9.000	9.000	9.000	1.500							
5. Grundfinanzierung - Bund	7.455	5.699	6.662	6.590	8.586	8.933	8.900	8.688	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000	9.000							
6. Grundfinanzierung - Land	2.316	2.490	2.490	2.558	2.630	2.593	2.500	2.630	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000							
7. Zuschüsse/Zinsen vom LV	226	92	200	118	200	0	0	200	0	0	0	0	0	0							
8. Zuschüsse von Anderen	800	1.600	800	800	800	1372	1.400	800	0	0	1.200	1.200	1.200	1.200							
9. Erstattungs-einnahmen	1.145	795	0	1.015	0	1200	1.200	0	1.200	1.200	0	0	0	1.200							
10. Sonstige Einnahmen	0	367	0	357	0	50	50	0	50	0	0	0	0	0							
<b>Gesamt - Einnahmen</b>	<b>23.351</b>	<b>27.419</b>	<b>23.052</b>	<b>33.728</b>	<b>30.716</b>	<b>44.825</b>	<b>44.900</b>	<b>30.828</b>	<b>40.700</b>	<b>38.700</b>	<b>38.700</b>	<b>39.700</b>	<b>39.700</b>								
<b>Ausgaben</b>																					
11. Personalkosten	2.912	5.259	5.250	5.573	7.000	9.114	9.100	8.000	9.200	9.450	9.750	10.000	10.000								
12. Honorare/ab 2012 -SchulungenKöPol	0	0	0	0	2.000	0	0	0	0	0	0	0	0								
13. Bankgebühren	186	180	160	180	180	1.263	1.275	180	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000								
14. Sachausgaben lfd. Geschäftsbetrieb	58	1.241	500	3.292	500	0	0	0	5000	9.000	12.000	12.000	12.000								
15. Miete KGSt	0	0	0	0	0	8.740	10.000	0	0	0	0	0	0								
Sachausgaben allg. pol. Arbeit																					
- davon für Arbeit OVe reserviert für:																					
" siehe gesonderte Aufstellung																					
"Verteilung Gelder im KV"																					
16. Gremienarbeit	1.562	1.649	1.100	3.153	2.000	19.706	19.750	2.000	11.000	5.000	0	0	0								
17. Öffentlichkeitsarbeit	1.287	9.220	6.000	9.897	6.000	0	0	6.000	0	0	0	0	0								
18. Wahlen	10.974	0	0	0	7.000	0	0	7.000	0	0	0	0	0								
- davon für Wahlkampf OVe:																					
" siehe gesonderte Aufstellung																					
"Verteilung Gelder im KV"																					
Risiko Wahlkampf a 1.000€ pro WK																					
19. WK - Personalkosten extra	0	0	0	0	2.000	0	0	2.000	0	0	0	0	0								
Zuschuss an Andere	300	49	300	583	300	0	0	300	300	300	300	300	300								
20. Beitragsanteile - Bund	2.127	2.150	2.142	2.777	3.366	3.986	4.000	3.650	3.650	3.650	3.650	3.650	3.650								
22. Beitragsanteile - Land	2.502	2.529	2.520	3.267	3.960	4.689	4.700	4.320	4.480	4.480	4.480	4.480	4.480								
23. Beitragsanteile - GJ	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0								
24. Dienstleistungsvertrag Buchhaltung	1.249	1.259	1.350	1.462	1.350	1875	1.875	1.850	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000								
25. Zuschüsse u. Umlagen LV	1.607	514	580	137	580	0	0	580	300	300	300	300	300								
26. Sonstige Ausgaben	0	100	100	0	100	0	0	100	100	100	100	100	100								
Kommunalsenarar																					
<b>Gesamt - Ausgaben</b>	<b>24.764</b>	<b>24.150</b>	<b>20.002</b>	<b>30.141</b>	<b>36.336</b>	<b>49.373</b>	<b>51.870</b>	<b>35.980</b>	<b>46.130</b>	<b>36.550</b>	<b>33.850</b>	<b>34.100</b>	<b>34.100</b>								
<b>Gewinn- und Verlust</b>	<b>-1.413</b>	<b>3.268</b>	<b>3.050</b>	<b>3.587</b>	<b>-5.620</b>	<b>-4.548</b>	<b>-6.970</b>	<b>-5.152</b>	<b>-5.430</b>	<b>2.150</b>	<b>4.850</b>	<b>5.600</b>	<b>5.600</b>								
<b>Reinvermögen per 31.12.</b>	<b>9.111</b>	<b>12.379</b>	<b>15.429</b>	<b>15.966</b>	<b>9.809</b>	<b>11.418</b>	<b>8.996</b>	<b>4.657</b>	<b>3.566</b>	<b>5.716</b>	<b>10.566</b>	<b>16.166</b>	<b>16.166</b>								

Sw delana 31.12.2013

11.420

# Wahlkampfhaushalt

Titel	Stückzahl	Kosten / Stück	Veranschlagte Kosten		Bemerkungen
			LTWK 2012	KommWk 2013	
Erstwähler_innen-Anschreiben					
Erstwähler_innen-Adressen	5000	0,20 €		1.000,00 €	ungefähr 5% (laut Nordstat) sind in der Zielgruppe
Versandkosten Erstwähler_innen-Brief	5000	0,30 €		1.500,00 €	personalisierte Infopost, bis 20g
Druck-/Papierkosten Erstwähler_innen-Brief	5000	0,10 €		500,00 €	
				3.000,00 €	Position komplett über Spenden zu finanzieren
<b>Wahlkampf Ortsvereine</b>			1.600,00 €		3.000,00 €
Preetz				500,00 €	
Heikendorf				350,00 €	Sondermittel Anti-Nazi-Aktion 200€
Schönkirchen				300,00 €	
Probstei / Laboe				300,00 €	Sondermittel Bürgermeisterwahl 300€
Lütjenburg+Panker				300,00 €	
Plön				400,00 €	offen
Selent				150,00 €	
Stolpe				150,00 €	
Grebín				150,00 €	
Schwentinental				400,00 €	
Puffer				- €	
<b>Postwurfsendung &amp; Infomaterial</b>			6.550,00 €		5.000,00 €
Versand Postwurfsendung	1	3.600,00 €		3.600,00 €	Tagespost, 20g, ca. 41'000 Haushalte
Druck Flyer Postwurfsendung	50000	0,02 €		1.202,00 €	flyeralarm.com, 100g, Quadrat, 6-seitig
Reserve				198,00 €	
<b>Plakate</b>			1.300,00 €		600,00 €
A1 Plakate	160	1,25 €	211 Stck	200,00 €	
A0 Plakate	70	2,50 €	107 Stck	175,00 €	
Steller neu	1	300,00 €		225,00 €	
<b>Großflächenplakate &amp; Radio</b>					200,00 €
Auto-Werbung – die wirklich mobile Großfläche	1	200,00 €		200,00 €	Beklebung für das KFZ des KGF
Mobile Großflächen					Spendentool auf der Homepage
Stationäre Großflächen					Spendentool auf der Homepage
Radio-Clip					Spendentool auf der Homepage
<b>Anzeigen</b>					
Anzeigen in Ortsblättern				- €	Finanzierung über Spenden der Ortsverbände!
<b>Give-Aways</b>			1.850,00 €		2.200,00 €
Wahlprogramme Kreis	400	0,50 €		200,00 €	
Wahlprogramme Ort	2000	0,10 €		200,00 €	Vorlage zum Einkopieren für die OVe
Sonnenblumensaattütchen	700	0,60 €		420,00 €	
Luftballons	1200	0,25 €		300,00 €	
Brausepulver	500	0,30 €		150,00 €	
Windräder	1200	0,50 €		600,00 €	
Pins mit Sonnenblume oder Logo	200	0,35 €		70,00 €	
Tee – Schwarz trinken, Grün wählen	1000	0,10 €		100,00 €	
Sonstiges				160,00 €	
Infomaterialien von der Landtagsfraktion	1600			- €	je 20 pro Thema und OV
<b>Zwischen-Summe Sachkosten</b>					11.000,00 €
<b>Personal &amp; Fahrtkosten</b>			2.000,00 €		
WK-Teammitglieder im Mai	2	500,00 €		1.000,00 €	
Aufstockung Gehalt Joscha auf 800 Euro Feb-Mai	4	300,00 €		1.200,00 €	in Personalkosten Position 11
Fahrtkosten				1.000,00 €	in WK Team Position 19
<b>Zwischen-Summe Personalkosten</b>					3.200,00 €
<b>Summe LTWK2012 /// KoW 2013</b>			13.300,00 €		/// 14.200,00 €

## Kreistagsfraktion: Kreisfeuerwehrzentrale – Ein satter Strahl!

*Wasser ist zum Waschen da,  
falleri und fallera  
auch zum Zähneputzen kann man es benutzen  
Wasser braucht das liebe Vieh  
fallera und falleri  
selbst die Feuerwehr benötigt Wasser sehr*

Dieser Erfolgstitel der Peheiros soll heute nicht als Verballhornung der Feuerwehren dienen. Deren Einsatzgrundsätze und -bedingungen haben sich seit den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts grundlegend geändert. Brandschutzbestimmungen sind der Entwicklung unserer industrialisierten Gesellschaft gefolgt und berücksichtigen heute komplexe Wohnquartiere und Arbeitswelten. Im Brandfalle ist Wasser als Löschmittel nur noch eine von mehreren „Angriffsoptionen“ der Wehren.

Der freiwillige Dienst der 3250 Feuerwehrfrauen und –männer ist für den Kreis Plön nicht verzichtbar oder ersetzbar. Das Engagement dieser qualifizierten Leute, verbunden mit vielen Diensten, Übungen und Ausbildungen während ihrer Freizeit, fordert uns allen höchste Anerkennung ab; ebenso wie ihr persönlicher Einsatz und Mut zum Schutz von Leben und Gütern im Brandfalle.

Diese personelle Einsatzbereitschaft müssen die Träger der Wehren, die Städte und Gemeinden, mit der Sicherstellung finanzieller Mittel für die materielle Einsatzbereitschaft begleiten, sonst wird das Prinzip der Freiwilligen Feuerwehren unterlaufen. Hier greift die Verantwortlichkeit der Selbstverwaltungen hinsichtlich der Bemessung und Bewilligung der von den Wehren eingebrachten Forderungen vor dem Hintergrund chronisch defizitärer Haushalte oder schrumpfender Rücklagen in den Kassen. Dieses umso mehr, als andere wichtige gemeindliche Aufgaben in ihrer Finanzierung in Konkurrenz stehen mit den Ausrüstungsvorhaben der Wehren.

Forderungen werden mit der Notwendigkeit „neuer Normierung und taktischer Überlegenheit“ (Zitat) begründet, um hinsichtlich der Brandlast uneingeschränkt operieren zu können. Die Anforderungen an die technische Ausstattung werden dabei immer höher; älteres Gerät muss daher in immer schnellerer Reihenfolge durch neueres ersetzt werden. Forderungen, die von den Herstellern der Sondergeräte und dem Feuerwehr-Establishment im Verein mit der unterstützenden Politik vorangetrieben werden. Für die Anforderungen an die persönliche Einsatzbereitschaft durch Erhöhung der Ausbildungsqualifikationen gilt das gleiche.

Die Ortswehren sind sich dieser – unkritischen – Unterstützung durch die lokale Politik und Verwaltung sicher und setzen auf die Erfüllung ihrer Forderungen. Kritik an kostenintensiven Investitionen (meist für Fahrzeugbeschaffungen) wird oft mit vermeintlichem Unverständnis oder unterstellter Missachtung des freiwilligen Engagements der Mitglieder durch Dritte gebrandmarkt. Dabei setzen die Wehren gern auf Mobilisierung der Öffentlichkeit.

In der Debatte um einen Neubau der Kreisfeuerwehrzentrale ist wieder ein Wunsch der Feuerwehr in Erfüllung gegangen. Statt eines erforderlichen Umbaus der KFWZ in Plön oder eines Ausbaus der Infrastruktur der ehemaligen Kaserne in Lütjenburg hat sich die Kreisverwaltung vor die Forderung des Kreisfeuerwehrverbandes gespannt und einen Neubau in Preetz empfohlen. Dem ist der Kreistag mit großer Mehrheit gefolgt und investiert über 5 Millionen Euro. Natürlich ist ein Neubau für den Bedarfsträger schöner als ein genutzter Altbau, der für geänderte Bedürfnisse umgebaut werden muss. Und mit der Einbeziehung des Übungsplatzes (z.Z. Wankendorf) in das neue Areal sind die Wünsche der Feuerwehren des Kreises zu 100 Prozent erfüllt; begründet wird der Standort Preetz mit dessen Zentralität. Es hat den Anschein, als habe sich die Verwaltung bei der zugrunde liegenden Wirtschaftlichkeitsberechnung von diesen Zielvorstellungen leiten lassen und die Zahlen ergebnisorientiert präsentiert.

Die Debatte wurde im Kreistag vor einer „Drohkulisse“ von ca. 100 Feuerwehrleuten geführt, die in ihren Sonntagsuniformen erschienen waren, um ihren Abgeordneten auf die Finger zu sehen. Dem war ein Dauerfeuer von Informationsveranstaltungen der Feuerwehren der verschiedensten Ebenen im Kreis vorausgegangen, unterstützt von zahlreichen Meinungsäußerungen in den Zeitungen und Schreiben an die Abgeordneten.

Unsere Kreistagsfraktion hat sich seit Beginn der Debatte um die Zukunft der KFWZ stets für einen Umbau der bestehenden Einrichtung in der notwendigen Konsequenz der Befolgung der Vorschriften zur Arbeitsplatzsicherheit in Plön ausgesprochen. Der von der Feuerwehrunfallkasse vorgelegte Mängelbericht hätte dafür Raum geboten. Unsere Vorschläge zur Abhilfe wurden nicht wirklich untersucht und beraten, sondern ergebnisorientiert zur Seite gelegt. So sind aus zunächst 2 x 450.000 Euro in zwei Jahren für notwendige bauliche Veränderungen 2,5 Mio Euro für einen Umbau und dann 5 Mio Euro für einen Neubau geworden. Das bedeutet eine Erhöhung der Schuldenlast des Kreises um satte 10 Prozent oder auch einen Zinsaufwand in Höhe von 200.000 Euro, die dem Kreis jährlich für andere Aufgaben fehlen. Und das für 20 Jahre!

Die Zentralität eines Neubaus in Preetz gab letztlich den Ausschlag. Allerdings muss man wissen, dass die KFWZ keine Einsatzstelle ist, von wo aus zur Brandabwehr ausgerückt wird. Die drei Mitarbeiter unterstützen lediglich die Ausbildung und die Einsatznachbereitung sowie die Pflege und Wartung des Materials der Ortswehren.

Preetz mag zwar zentral liegen, aber was bedeutet das schon in unserem kleinen Kreis? Hier sind doch alle Wege kurz, gemessen z.B. am Nachbarkreis Ostholstein. Nachhaltig wirkt sich jedenfalls aus, dass hier eine ökologisch sensible Fläche versiegelt wird, während hingegen die Wankendorfer Fläche in einem Gewerbegebiet liegt und voll erschlossen ist und die Lütjenburger Kaserne bereits mit Infrastruktur bebaut ist, die weitergenutzt hätten werden können.

Es bleibt also dabei, dass die Selbstverpflichtung des Kreises, seine Beschlüsse am Prinzip Nachhaltigkeit auszurichten, von denjenigen über Bord geworfen wird, die sie selbst beschlossen haben. Weil die Mehrheit der Abgeordneten sich den Forderungen der Feuerwehren verpflichtet fühlt – die Kommunalwahlen stehen an.

*Gerd Dreßler*

## „Wir haben es satt“ - Agrardemo in Berlin

Nur ein verwirrtes Huhn aus dem Kreis Plön in Berlin?

Nein, dieses Jahr waren es sogar 25.000 Menschen, die am 19.1. am Rande der Internationalen Grünen Woche ökologische und soziale Reformen in der Landwirtschaft forderten.

Unter dem Motto „Wir haben es satt! Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Jetzt!“ zogen bereits im dritten Jahr in Folge die Teilnehmer mit Transparenten und in teils phantasievollen Kostümen vom Berliner Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel zum Bundeskanzleramt und bekundeten ihre Ablehnung der gegenwärtigen Tendenz zu einer immer stärkeren Industrialisierung der Landwirtschaft. Die Demonstranten kritisierten u.a. Tierfabriken, Umweltschäden durch Pestizide, zunehmenden Preisdruck auf die Erzeuger und die negativen Auswirkungen auf die kleinbäuerlichen Strukturen in den Ländern des Südens.

Auch für den ländlich geprägten Kreis Plön ist ein Umsteuern in der Landwirtschaftspolitik elementar, denn



Monika Friebl mimt das verwirrte Huhn

davon hängt ab, ob in Zukunft industrielle Agrarwüsten oder lebendige Dorfstrukturen, interessante Arbeitsplätze und vielfältige Landschaften den Kreis prägen. Viele Bauern, Verbraucher, Imker, Tierschützer und Kirchen sind sich einig, dass es eine Wende geben muss. Auch die Idee, dass die ökologische Landwirtschaft das Leitbild ist, setzt sich durch.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft ([www.boelw.de](http://www.boelw.de)) hat auf der Grünen Woche selbstbewusst ein Fünf-Thesen-Papier für eine Ernährungswende vorgestellt:

1. Recht auf Nahrung
  - a. Wettbewerbsverzerrende Subventionen vollständig abschaffen. Ausschließlich ökologische und soziale Leistungen, die für die Gesellschaft und Natur erbracht werden, werden honoriert. Exportsubventionen endgültig abschaffen.
  - b. Den Börsenhandel mit Nahrungsmitteln streng regulieren.
  - c. Sonderstatus der Landwirtschaft innerhalb der WTO-Handelsregeln einführen.
2. Nachhaltige Ernährung
  - a. Die Fächer Ernährungslehre, Kochen, Hauswirtschaft in allen allgemeinbildenden Schulen einführen – ausgerichtet an einem nachhaltigen Ernährungsstil.
  - b. Alle öffentlichen Kantinen auf eine ökologische Kost umstellen
3. Artgerechte Tierhaltung
  - a. Staatliche Investitionszuschüsse für Stallneu- und Umbauten werden generell in allen Bundesländern nur noch für artgerechte Tierhaltungssysteme gewährt, die über dem gesetzlichen Mindeststandard liegen.
  - b. Strategie umsetzen, mit der alle Betriebe in einer bestimmten Übergangsfrist auf artgerechte Tierhaltung umstellen müssen. Diese wird dann im Tierschutzgesetz verankert.
4. Kreislaufwirtschaft
  - a. Durch die Produktion bedingte Umwelt- und sonstige gesellschaftliche Kosten den Verursachern zuordnen, durch eine Abgabe auf synthetischen Stickstoff, Pestizide und Importeierweiß sowie deren Umlage zur Förderung nachhaltiger Produktionssysteme.
  - b. Böden dürfen nur noch bei gleichzeitiger Entsiegelung anderer Flächen versiegelt werden.
5. Öko-soziale Marktwirtschaft
  - a. Die Wirtschaftsleistung ist mittelfristig mit dem Nationalen Wohlfahrts-Indikator (NWI) anstelle des Bruttosozialprodukts zu messen.
  - b. Betriebliche Umweltmanagementsysteme in Verarbeitungs- und Handelsbetrieben als Grundlage für eine betriebliche Ökobilanz einführen und das Ergebnis steuerlich berücksichtigen.

Wir sollten die auf kommunaler Ebene umsetzbaren Punkte herausuchen und die Menschen im Kreis unterstützen, die sich bereits auf den Weg gemacht haben.

*Monika Friebel*

## Preetzer Grüne kehren Herbstlaub ohne motorisierte Geräte

Der Goldene Oktober zeigte sich auch im vergangenen Jahr mit seinen schönsten Farben. Liegt das Laub allerdings erst am Boden, muss es entfernt werden – zumindest auf den städtischen Grünflächen; anderenfalls beschleunigt es die Moosbildung.

Was die Hausbesitzer auf ihren Grundstücken in Eigenregie realisieren können, stößt bei den städtischen Grünflächen auf personelle Grenzen. Hier kommen mechanisierte Motorgeräte zum Einsatz, die das Laub vor sich her treiben und zudem lärm- und geruchsintensiv sind, aber auch das Mikroklima schädigen. Durch den Einsatz von Laubsaugern oder Laubbläsern sind Kleinlebewesen, die den Boden und die Krautschicht bewohnen, akut bedroht. Käfer, Spinnen, Tausendfüßer, Asseln und Amphibien können sich kaum dem Turbo-Blas- bzw. Saugstrom widersetzen



Dass es auch anders geht, haben die Preetzer Grünen demonstriert. Mit Harken und Rechen wurden unter dem Einsatz von Muskelkraft Grünflächen am Postsee entlang der Wilhelm-Raabe-Straße vom Laub befreit und so in Preetz ein persönliches Preetz zum Klimaschutz geleistet. Sieben Erwachsene und vier Kinder haben zwei Stunden lang ein gemeinschaftliches Erlebnis an einem Herbstnachmittag am Postseeufer erfahren können.

*Gerd Dreßler*

## Preetz: Missstände im Radverkehr kamen auf den Tisch

Das Angebot zu einem Grünen Dialog über das Radverkehrskonzept in Preetz nahmen 38 Gäste am 23.01.13 wahr, um sich nach vier Impulsreferaten zur Situation der Radfahrer im Straßenverkehr über die Unzulänglichkeiten der Fahrradwege in Preetz zu äußern. Unter der Moderation von Cedric Freisenhausen und Steffen Hartwig von der Grünen Jugend diskutierten die Teilnehmer über zwei Stunden und zeigten Handlungsbedarf auf.



Kritisiert wurden vor allem schlechte Radwege wie z.B. im Verlauf Ragniter Ring/ Wilhelm-Raabe-Straße/Max-Plack-Straße mit ihren nicht niveaugleichen Absenkungen an den Einmündungen und Vertiefungen an den Hauszufahrten. Starke Vorbehalte auch gegen die Unübersichtlichkeit der Radwegführung im Bereich Garnkorb und Einmündung Schwentinestraße. Die zahlreich anwesenden jungen Radfahrer beklagten die Verkehrsverhältnisse für Schüler auf den Schulwegen, so besonders in der Kirchenstraße bis zum Schützenplatz, im Casthöhlenweg und im Kreuzungsbereich Lindenstraße/Bahnübergang/Ihlsol.

Angeregt durch die Forderungen auf der Jugendstadtvertretung im vergangenen Jahr, hatten die Preetzer Grünen den Dialog angeboten, um die Weiterentwicklung der Maßnahmen des Radverkehrskonzeptes der Stadt zu hinterfragen. Trotz erkennbarer Fortschritte durch Ausweisen erster Fahrradstraßen (Ihlsol/Schwebstöcken) und Kennzeichnen von Fahrradschutzstreifen (Wakendorfer Straße) bedürfen viele Abschnitte der Fahrradrouten deutlicher Verbesserungen, um mehr Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmer im Straßenverkehr zu gewährleisten.

Nur so kann dem Anspruch des Radverkehrskonzeptes, den Radverkehr in Preetz auf 25% zu steigern, gerecht werden.

Die Anwesenden sahen es als vordringlich an, den Arbeitskreis Radverkehr der Stadt zu reaktivieren und zweimal jährlich tagen zu lassen, um den Fortgang der geplanten Maßnahmen zur

Verbesserung des Radverkehrs zu begleiten und zusätzlich Vorschläge zur Abhilfe misslicher Situationen darzulegen.

*Gerd Dreßler*

## Schwentental: Neues Jahr, neues Glück?

Für Schwentental wünschen wir uns in diesem Jahr weniger Streit und mehr Toleranz, weniger Reden und mehr Nachdenken, keine alten Klischees, sondern neue Impulse, nicht nur verwalten, sondern gestalten.

Wir freuen uns darüber, dass die von uns auf den Weg gebrachte Energiewende inzwischen mitten in der Gesellschaft angekommen ist. So wird die Astrid-Lindgren-Schule in diesem Jahr energetisch saniert. Die Stadtwerke Schwentental werden sich im Bereich erneuerbare Energien weiter profilieren. Andere Unternehmen im Orte folgen hoffentlich. Eine Herausforderung stellt die notwendige Attraktivitätssteigerung des Ostseeparks für nicht automobilen Menschen dar. Hier sind, nachdem Stadtvertretung und –verwaltung endlich bauplanerische Grundlagen geschaffen haben, auch die Betreiber gefordert.

Der in diesem Jahr zu verabschiedende Flächennutzungsplan wird die Verzahnung der beiden Ortsteile vertiefen. Wichtig ist dabei der vorgesehene Erhalt einer zwischen diesen verlaufenden grünen Achse, daneben natürlich auch der naturökologische Bestand des Schwententals. Mit Beginn des Jahres sind die Volkshochschulen von Klausdorf und Ralsdorf vereinigt. Weitere Verbindungen zwischen Vereinen, Verbänden, aber auch z.B. der beiden Feuerwehren mögen sich entwickeln.

Der gesetzliche Anspruch auf Kindergartenplätze für unter und über 3-Jährige wird in diesem Jahr erfüllt. Schwentental stellt sich damit erfolgreich allgemeinen bildungspolitischen Herausforderungen. Ein Großteil des städtischen Haushalts geht mit Unterstützung aller Parteien und Wählergemeinschaften in diesen Bereich. Die Stadt stellt sich zudem dem demografischen Wandel durch Ausweisung von Bebauungen für seniorenrechtliches Wohnen.

Auf der demokratischen Ebene gilt es in diesem Jahr, eine neue Stadtvertretung zu wählen. Diese entscheidet über die wesentlichen Belange der Stadt, steht damit – auch mit dem Hauptausschuss als Dienstvorgesetztem – über der Bürgermeisterin. Voraussetzung für eine nach unserer Gemeindeordnung zu lebende Demokratie ist, dass dieses Verhältnis von allen Wählerinnen und Wählern anerkannt wird. Im Zusammenhang von Wahlen bzw. Abwahlen von „einem menschenunwürdigen Umgang miteinander“ zu sprechen, wie im letzten Jahr durch die Bürgermeisterin und ihren Unterstützungskreis geschehen, schadet der Demokratie.

Ein vertrauensvolles Miteinander zwischen Stadtvertretung und Verwaltungsleitung ist aber für die sachgerechte Erfüllung kommunaler Aufgaben unbedingt notwendig. Bündnis 90 / Die Grünen werden mit einer eigenen Liste zur Kommunalwahl 2013 antreten und hoffen auf die für eine eigene Fraktion notwendige Stimmzahl.

*Gerd Kockläuner*

## Probstei: Farbe bekennen – das Ostufer der Kieler Förde wird GRÜNER!

Ein knappes Jahr nach der Gründung des OV Probstei wird es ein kleines Stück GRÜNER am Ostufer der Kieler Förde. Am Sonnabend, den 19. Januar trafen sich einige Interessierte und die Mitglieder der GRÜNEN im Ort, um über die Aufstellung zur Wahl der Laboer Gemeindevertretung zu beraten. Das „Urteil“ war einstimmig: „Wir werden am 26. Mai 2013 in allen fünf Laboer Wahlkreisen mit jeweils einer Kandidatin und einem Kandidaten antreten! Mit einer gesunden Durchmischung von älteren und jüngeren Laboern und Familien mit Kindern wollen wir eine neue Dynamik für die Politik in die Gemeinde einbringen.“

Aus den unterschiedlichsten Beweggründen haben sich die 10 Kandidat innen für die Wahl der neuen Gemeindevertretung in Laboe zusammengefunden. „Nicht nur meckern, aktiv an der Gestaltung Laboes teilnehmen, die Stärken unsere Ortes nicht durch engstirnige Vorstellungen kaputtreden sondern durch persönliches Engagement den Gemeinsinn aufzufrischen“ hörte man aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Sowohl Mitglieder der GRÜNEN als auch Laboer Bürgerinnen und Bürger ohne Parteizugehörigkeit bilden die Wahlvorschlagsliste der GRÜNEN für die Kommunalwahl am 26. Mai 2013. Ein voller Erfolg für den noch jungen Ortsverband in der Probstei/Laboe und ein Zeichen für die anderen Gemeinden. Viele Wählerinnen und Wähler stören sich, gerade auf kommunaler Ebene, an den bestehenden politischen Strukturen. Offenheit für Neues, Transparenz der Entscheidungen und Fairness im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern ist das Grundgerüst GRÜNER Arbeit! Unterschiedliche Aspekte der Laboer Interessen beleuchten, neue Ansätze für unser Laboe diskutieren und vor allem: kein Fraktionszwang, so beschreibt Inken Kuhn als Mitglied der GRÜNEN die Basis offener Kommunikation und Kooperation. Das scheinen viele EinwohnerInnen im Dorf zu vermissen.



Wir als GRÜNE stehen für diese Tugenden und wollen die örtlichen Themen in den Vordergrund stellen:

- bezahlbarer Wohnraum für Familien mit Kindern in Laboe
- Sicherung der Grundschule Laboe und Ausbau der Kindergärten und Kitas
- Attraktivitätssteigerung der Angebote speziell für Jugendliche und junge Erwachsene
- aktive Bürgerbeteiligung fördern und ehrenamtliches Engagement stärken- nachhaltiger Strand-, Küsten- und Klimaschutz für unsere Gemeinde

Aus Sicht der GRÜNEN in der Probstei/Laboe müssen nun endlich die Weichen für die Zukunft gestellt werden. Klimaschutz ist Strand- und Küstenschutz, was wir als bedeutender Tourismusort nicht vernachlässigen dürfen.

Für unsere Besucherinnen und Besucher, unsere Gäste und der Wirtschaftskraft im Ort müssen wir uns gemeinschaftlich anstrengen, um die Lebens- und Liebenswürdigkeit auch für uns Laboer zu erhalten.

Wir GRÜNE vor Ort wollen uns mit frischen Ideen in die Ortspolitik einbringen. Bei uns treffen die Strömungen und Ansichten von Frau und Mann, Alt und Jung, Manager und Matrose, HandwerkerInnen und ErzieherInnen, Familien und Unverheirateten zusammen.

Die Aufstellung der Wahlvorschläge für die einzelnen Wahlkreise in Laboe erfolgt auf unserer Wahlversammlung am 26. Februar. Interessierte Einwohnerinnen und Einwohner aus Laboe sind uns jederzeit willkommen, da wir für die verschiedenen Gremien in Laboe immer wieder Anhänger GRÜNER Politik suchen, um der Gemeinde ein großes Erfahrungspotential mit viel Spaß am Meinungsaustausch und dem Wunsch, die politische Willensbildung mit zu gestalten, anbieten zu können.

Wir freuen uns auf rege Beteiligung für eine starke Fraktion im Ort und die Unterstützung durch den KV Plön!

*Inken Kuhn und Michael Meggle*

## Heikendorf: Radikale Rechte und Alltagsrasismus

Auch wenn die NPD in Niedersachsen, ihrem selbsternannten Stammland, ein Debakel erlitt, so geht die Einschätzung von Bundesinnenminister Friedrich, „ dass unsere Demokratie gefestigt, stark und widerstandsfähig gegen Extremisten ist“, an der Realität vorbei. Flügelkämpfe zwischen radikalen

Hardlinern und militanten NS-Fanatikern auf der einen und einem ums Saubermann Image bemühten „Realo“-Flügel auf der anderen Seite, haben die NPD intern geschwächt. Und das Abschneiden der NPD ist kein Indikator für Rechtsradikale, die sich in Freien Kameradschaften oder Zusammenhängen der Autonomen Nationalisten organisieren. Und schon gar nicht für die Verbreitung rechter Denkmuster in der Gesellschaft.

Aber gut, Herr Friedrich sieht sich mit seiner diffamierenden Asylmissbrauchs-Debatte wohl in der Tradition seines Vorgängers und verstorbenen Parteifreundes Zimmerman, der mit seiner Hetze gegen „Ausländer“ und Flüchtlinge mit die Lunte legte für die furchtbaren Brandanschläge, die folgten. Das uneingeschränkte Grundrecht für politisch Verfolgte, eine Konsequenz des Grundgesetzes auf die NS-Diktatur, wurde verstümmelt, und aus Flüchtlingen wurden „Asylanten“. Am 8. Januar veranstalteten die Heikendorfer Grünen zusammen mit Iva Bern, Sprecherin Grüne Jugend Kreis Plön, eine Podiumsdiskussion zum Thema „Radikale Rechte im Internet und auf der Straße“, mit Johannes Baldauf von der Amadeu Antonio Stiftung und Nils Cordruwisch vom Netzwerk gegen Rechtsextremismus S-H e.V., die mit knapp 30 Personen zu denen auch Vertreter anderer Parteien, vom Kirchenvorstand der ev. Gemeinde und Astrid Petermann von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus des Innenministeriums S-H zählten, gut besucht war.

Weil führende Kader rechtsradikaler Gruppierungen flüchtig sind oder einsitzen wie Peter Borchert, herrscht eine trügerische Ruhe bezüglich organisierter und militanter Aktionen. Doch das rechte Netz trägt weiter, z.B. „Kämpfer aus Sachsen“ wie der alte Besitzer des Eselparks in Nessendorf getönt haben soll. Gemeint hat er damit den NSU, der bei ihm Unterschlupf gefunden haben soll. Jetzt erhalten dort blonde und blauäugige Kinder freien Eintritt. Und auch im digitalen Netz lässt es sich als Nazi gut leben. T-Shirts mit Motiven wie „Döner-Killer“ werden da verkauft, Hitlerreden auf CD, oder Songs zum Download angeboten mit Titeln wie „SS-SA-Germania“ oder „der Jud“ von den Zillertalern Türkenjägern. 170 rechtsradikale Online-Vertriebe in Deutschland leben davon.

Die Rechten haben dazugelernt. Heute geht's auch mit dem Irokesen-Haarschnitt zur völkischen Demo, und die Autonomen Nationalisten plündern den Dresscode des Schwarzen Blocks. Mit Erfolg: 26,7 Prozent der 15-Jährigen tragen manchmal rechtsradikale Sticker oder einschlägige Bekleidungsmarken wie Thor Steinar und hören rechte Musik. Im Netz werden Nazis grün, und starten Kampagnen wie „Umweltschutz ist Heimatschutz“. Überhaupt: Das Internet ist das Propagandamedium Nr.1 für Rechtsradikale. Oftmals ist auf den ersten Blick nicht zu erkennen, wen man mit seinen Likes auf Facebook unterstützt. Die Kampagne „Todesstrafe für Kinderschänder“ ein trojanisches Pferd der NPD, erreichte 1 Mio. Menschen auf Facebook. Im Netz trauen Menschen sich mehr, als wenn sie vorm NPD Tisch von den Nachbarn erkannt werden. An dieser Kampagne zeigt sich außerdem die Strategie, aus vagen Ängsten ein Bedrohungsszenario zu konstruieren, und daraus eine vermeintliche Gemeinschaft zu schaffen. Und es stellt sich die Frage, wieso eine solche Kampagne greifen kann. Wer von „Kinderschändern“ spricht, ob Medien oder Stammtisch, vergisst, dass dies LTI, die Sprache des dritten Reiches nach Klemperer, in Reinform ist.

Es geht nicht um die Ehre, es geht um sexuelle Gewalt gegen Kinder, und zu über 90% findet diese im familiären Umfeld statt. Solche Kampagnen schaden den Opfern, und brennen ihnen einen Makel ein. Aber es ist leichter, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Es darf keine Gewöhnung stattfinden an eine Gesinnung, die keine Probleme damit hatte, ihrerseits über eine Million Kinder in Gaskammern zu ermorden.

Am 14.02.13 um 19.30 Uhr, Sportheim Heikendorf, werden wir mit Jan Philipp Albrecht, grünes MdEP, Luise Amtsberg, Kreisvorsitzende der Grünen Kiel und Oliver Pohl, der als junger BGSler das Pogrom von Lichtenhagen und die Morde von Mölln erlebte und jetzt Sprecher der LAG Demokratie und Recht ist, über die Rechtsradikalen in der EU und Flüchtlingspolitik reden, und wie es sein konnte, dass ca.3'000 Menschen 1992 in Rostock/Lichtenhagen bereit waren, vietnamesische Familien in den Plattenbauten verbrennen zu lassen.

*Jens Ristedt*

## Selent: Das Blumenburg Technologiezentrum – Skandal ohne Ende? Teil 2

*Lars Berwald, Sprecher des OV Selent, stellt in einer Serie die Problematik rund um den Blumenburg-Skandal dar. Er will dabei aus seiner Sichtweise als 2008 neu gewählter Gemeindevertreter berichten und damit unseren, ab der Kommunalwahl 2013 hoffentlich vielen neuen Parlamentariern zeigen, dass man grade auch als Neuling den Lauf der Dinge erheblich beeinflussen kann.*



Teil - 1 - Was bisher geschah:

Im Technologiezentrum Blumenburg wurde massiv Subventionsbetrug vom ehemaligen Betreiber begangen. Der historische Teil des Technologiezentrums war mit 1,6 Millionen Euro Fördergeld saniert worden, wurde aber dann vom damaligen Geschäftsführer für Hochzeiten, Feiern und Übernachtungen quasi als Hotel genutzt.

Teil -2-

Soviel hatten mein Freund Fritz Heydemann (NABU) und ich durch Vergleich des Förderbescheides und des Geschehens in der Blumenburg festgestellt und auch jede andere Person oder Institution hätte das anhand des Förderbescheides ohne Weiteres herausgefunden. Es war so offensichtlich, dass die Staatsanwaltschaft Kiel nach Kenntnis der Sachlage sofort ein Ermittlungsverfahren eröffnet hat und der Geschäftsführer und die Mitarbeiter des Technologiezentrums polizeilich verhört worden sind.

Leider haben wir uns erst im April 2009 entschlossen, die Staatsanwaltschaft zu kontaktieren. Vorher, nämlich von September 2008 bis März 2009, haben wir versucht, Politik und Verwaltung von Selent, vom Kreis Plön und dem Land Schleswig-Holstein auf den Missbrauch aufmerksam zu machen und von „Amtes wegen“ abstellen zu lassen. Ohne den geringsten Erfolg!

Subventionsbetrüger werden in Deutschland offenbar mit dem gleichen Elan verfolgt wie Nazi-Kriegsverbrecher, also am Liebsten gar nicht, weil es ein schlechtes Licht auf das gesamte Gemeinwesen wirft. Es steht die Fragen im Raum, warum es niemand bemerkt hat und ob alle weggeschaut haben.

In einem ersten Versuch hatte ich die Fraktionssprecher der Selenter Gemeindevertretung, immerhin war die Gemeinde Selent Gesellschafter des Technologiezentrums, mit Kopien des Förderbescheides versorgt und ein Krisengespräch oder wenigstens eine Reaktion erwartet. Null. Im Gegenteil warf man mir vor, den Erfolg und das Ansehen des Technologiezentrums durch meine Miesepeterei beschädigen zu wollen und mir wurde nahe gelegt, meine Schnüffeleien im Interesse der Gemeinde zu unterlassen. Man gehe davon aus, dass alle Fragen rund um das Technologiezentrum von der Verwaltung ausreichend beantwortet worden seien, die Einrichtung unter ständiger Überwachung stehe und schon deswegen meine Vorwürfe so unzutreffend sind, dass sich jede weitere Beschäftigung damit erübrigt.

Die hier angesprochene Verwaltung, Amt Selent-Schlesien, die nebenbei erwähnt die Hochzeiten im Technologiezentrum mit seinen Standesbeamten begleitete, fühlte sich jedoch für auf gar keinen Fall zuständig und verwies an die Kreisverwaltung. Die Kreisverwaltung verwies auf die Zuständigkeit der Trägergesellschaft, die wiederum zu Gesellschaftsangelegenheiten keine Auskünfte gibt oder das Wirtschaftsministerium, das eine Zuständigkeit eher bei Investitionsbank Schleswig-Holstein sieht. Bei der Investitionsbank war der zuständige Mitarbeiter im Urlaub, dann länger krank und nachdem er wieder da war, versicherte er, dass das Technologiezentrum selbstverständlich einer permanenten

Erfolgskontrolle unterliege und man eine Anfrage in dieser Angelegenheit an die Verwaltung vor Ort geschickt habe, womit der Behördenkreislauf geschlossen und das Perpetuo Mobile erfunden war.

Auf meine Frage hin, was sie gegen den Subventionsbetrug zu tun gedenke, fand die Selenter Bürgermeisterin Josten allein schon die Fragestellung so beleidigend tendenziös, dass sie nicht gedachte, hierauf zu antworten. Es wolle ihr nicht in den Kopf, warum einzelne Gemeindevertreter(ich) den Ruf des Technologiezentrums und der Gemeinde dermaßen in den Schmutz ziehen wollten und man solle dies unterlassen! Gemeindevertreter sollen die Interessen und das Wohl der Gemeinde vertreten und ich würde es nicht tun!

Ich habe daraufhin eine vorbereitete Erklärung verlesen und zu Protokoll gegeben, wonach durch die Vorgänge im Technologiezentrum der Straftatbestand des Subventionsbetruges vorliege, es eine Amtspflicht der Bürgermeisterin wäre, die fortgesetzten Straftaten zu unterbinden oder wenigstens die Ermittlungsbehörden zu informieren und insgesamt auch eine Rückforderung der gezahlten Fördermittel drohe. Murren und Kopfschütteln.

Der Geschäftsführer Hemens der Trägergesellschaft des Technologiezentrum war bei der darauf folgenden Sitzung der Gemeindevertretung anwesend. Die Trägergesellschaft hat das Fördergeld erhalten, den Bau des Technologiezentrums ausgeführt und dann an den Betreiber verpachtet. Hemens lehnte aber die Beantwortung meiner Fragen mit dem Hinweis ab, die Vertraulichkeit wäre in dieser Gemeindevertretung nicht gewährleistet. Ich bat diese Aussage zu protokollieren, worauf besagter Geschäftsführer der GV empfahl, man könne die Aussage ja mit Mehrheitsbeschluss aus dem Protokoll entfernen. Überhaupt war man in der Trägergesellschaft immer der Ansicht, alles Übel entstünde allein durch Beteiligung von Öffentlichkeit. Im weiteren Zeitablauf lagen die einzigen nennenswerten Aktivitäten der Trägergesellschaft darin, ihre Beschlüsse in eigener Angelegenheit unter Verschluss zu halten.

Die Krone innerhalb der handelnden Dilettanten und Schaumschlägern gehörte aber unangefochten Dr. Volkram Gebel:

Anlässlich der Bürgerfragestunde der Kreistagssitzung fragte ich den Landrat, ob denn in den nunmehr für Hochzeiten und Übernachtungen genutzten Teil der Blumenburg auch Fördermittel geflossen seien. Das hat der Landrat verneint. Daraufhin habe ich den Landrat in der Fragestunde des nächsten Kreistags natürlich gefragt, warum er mir denn zuvor die Unwahrheit gesagt hätte. Er stritt ab, die Unwahrheit gesagt zu haben, und erklärte dann in einer schriftlichen Antwort, es wäre vielmehr so gewesen, dass er zum Zeitpunkt meiner Frage nicht gewusst habe, dass hier Fördermittel hinein geflossen seien. Der Herr Landrat Dr. „Ahnunglos“ Gebel war seinerzeit Vorsitzender der Gesellschafterversammlung der Blumenburg Technologiezentrum Trägergesellschaft und damit federführend für die ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel zuständig.

Das hat uns dann aber wirklich gelangt:

Am 31.03.2009 habe ich das von Fritz Heydemann und mir gesammelte Material zum gesamten Komplex des Subventionsbetruges im Blumenburg Technologiezentrum an die Staatsanwaltschaft in Kiel geschickt und nach Eröffnung des Ermittlungsverfahrens auch Strafanzeige wegen Subventionsbetruges gegen den Pächter des Technologiezentrums Dietmar Hartmann, Landrat Gebel, Bürgermeisterin Josten und die Geschäftsführer der Trägergesellschaft (Sönke Jensen und Uwe Hemens) erstattet. Wie Politik, Verwaltung und die Staatsanwaltschaft mit dieser Strafanzeige umgingen und warum der Hochzeitsbetrieb erst ein drei Monate später per einstweiliger Verfügung verboten wurde, wer momentan deswegen vor Gericht steht und warum Gemeinde und Kreis ca. acht Millionen Euro Fördergeld zurückzahlen sollen, lest ihr in der nächsten Ausgabe.

*Lars Berwald*

## Lütjenburg: Vorfahrt für mehr Sicherheit!

Die Grünen Lütjenburg setzen sich für eine grundsätzliche Neuregelung des Radverkehrs in Lütjenburg ein. Unter Berufung auf die bundesweit gültigen Empfehlungen für Radverkehrsanlagen der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen fordert der Ortsverband den Bürgermeister in einem offenen Brief dazu auf, Lütjenburgs Radwege zu überprüfen. „Uns geht es darum, Radfahren für Schulkinder wie ältere Generationen gleichermaßen sicherer zu machen“, erklärt Andrea Danker-Isemer als Sprecherin des Ortsverbands, und verweist dabei auch auf das touristische Potenzial des Radverkehrs. Ihr Kollege Aristide Hamann räumt gleich mit einem Vorurteil auf: „Wir wollen die Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausspielen, sondern die Interessen unter einen Hut bringen. Schließlich nehmen wir alle immer wieder unterschiedliche Rollen ein, sind nicht nur Autofahrer, nur Radler oder nur Fußgänger.“

Konkret schlagen die Grünen vor, die Beschilderung so anzupassen, dass die Benutzungspflicht für Radwege entfielen, ein Benutzungsrecht der bisherigen Radwege aber bliebe. Dazu müssten die kombinierten Rad-Fußwege zu Fußwegen mit dem Zusatzschild „Radfahrer frei“ umgeschildert werden. Dann könnten schnellere Radfahrer ganz legal die Straße benutzen und den Fußgängern blieben unangenehme Situationen erspart. Langsamere Radfahrer könnten weiterhin auf den Fußwegen fahren und würden so nicht zum Hindernis für den Autoverkehr.

„Genau darauf zielte bereits vor 15 Jahren die Reform der Straßenverkehrsordnung“, erklärt Olaf Wahnschaffe. Der Grüne hat sich als passionierter Rennradfahrer intensiv mit der Materie beschäftigt. Er mahnt daher auch: „In vielen Gemeinden wurden ähnliche Beschilderungen erst nach teuren juristischen Auseinandersetzungen geändert. Das muss nicht sein.“

In einer Veranstaltung am 17. Januar besprach der Grüne Ortsverband seine Ideen mit Wolfgang Kromat vom ADFC. Man war sich einig: Die Initiative für die Aufhebung der Benutzungspflicht ist erst der Anfang, es gibt viel zu tun und großes Potenzial!

*(adaptierte Pressemitteilung, Joscha J. John)*



Der nächste Rundbrief erscheint Anfang März. Wir freuen uns über Zusendung eurer Beiträge und Fotos bis zum 1. März.

## Wichtige Adressen

Kreisverband Plön  
c/o Karl-Martin Hentschel  
Am Steinkamp 7  
24226 Heikendorf  
0431/243889  
karl.m.hen@gmail.com

Kreisgeschäftsführung  
Joscha J. John  
04381/6004  
kv.ploen@gruene.de

OV Grebin  
Klaus-Henry Flemming, Dorfstr. 45, 24329  
Grebin, 04383/1233, kh\_flemming@yahoo.de

OV Heikendorf und Fraktion  
Olaf Bartels, Mühlenwiesen 5, 24226  
Heikendorf, 0431/245756  
olaf.bartels@gmx.com

OV Lütjenburg (mit Amt Lütjenburg)  
Andrea Danker-Isemer, Im Kornwinkel 7, 24321  
Lütjenburg, 04381/6661, andrea@gruene-  
luetjenburg.de

Aristide Hamann, Gut Neudorf, 24321  
Hohwacht, 04381/414264, aristide@gruene-  
luetjenburg.de

OV Plön (mit Amt Plön)  
Gerd Weber, Steinbergweg 23, 24306 Plön,  
04522/6116, Gerd51@t-online.de

OV Preetz und Fraktion  
Gerd Dreßler, Erlengrund 6 a, 24211 Preetz,  
04342/87890, gerd.max.dressler@gmx.de

OV Probstei  
Anett Schwab, schwaban@gmx.de,  
Michael Meggle, Hafenstr. 5, 24235 Laboe,  
michaelmeggle@aol.com

OV Schönkirchen  
Mareike Otten, Liliengarten 30, 24232  
Schönkirchen, 0431/2485838,  
mareike.otten@gmx.de

Thomas Rulle, Alte Gärtnerei 17, 24232  
Schönkirchen, 0431/7993576, t.rulle@t-  
online.de

OV Schwentinal und Stadtvertretung  
Holger Staade, Bachstr. 5, 24222  
Schwentinal, 0431/79612,  
Familie.Staade@web.de

Gerhard Kockläuner, Kammerkoppel 16, 24222  
Schwentinal, 0431/790661,  
ggik.kocklaeuner@t-online.de

OV Selenter See und Fraktion Selent  
Susanne Elbert, Grabenseer Weg 12, 24238  
Martensrade, 04384/593645, susanne.elbert@t-  
online.de

Lars Berwald  
Blomenburger Allee 16, 24238 Selent,  
04384/599355, lars.berwald@t-online.de

OV Stolpe und Fraktion (mit Wankendorf)  
Theresia Künstler und Thomas Wendt, Dorfstr.  
29, 24601 Stolpe, 04326/514200,  
theresia.kuenstler@freenet.de  
thomas.wendt@stolpe-am-see.de

Kreistagsfraktion  
Vorsitzender: Axel Hilker, Dorfstr. 74, 24220  
Boksee, 0160/91597265  
axel-hilker@web.de

Impressum  
Kreisrundbrief, Ausgabe 1 /2013  
Herausgeber: Bündnis90/DIE GRÜNEN Kreisverband  
Plön, c/o Karl-Martin Hentschel, Heikendorf

ViSdP: Joscha J. John, kv.ploen@gruene.de  
Soweit aufgeführt, sind die Autoren/-innen der Artikel  
für ihre Texte selbst verantwortlich.